



Bericht

der Landesregierung

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004

Federführend ist der Minister für Finanzen und Energie.

Finanzplan

des Landes Schleswig-Holstein

2000 bis 2004

Stand: 15. Juli 2000

Aufgestellt
vom Ministerium für Finanzen und Energie
und beschlossen
von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein

Gliederung

	<u>Seite</u>
I. Vorbemerkung	5
II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans	
1. Wirtschaftliche Rahmendaten	6
2. Finanzielle Lage des Landes/Haushaltsstruktur	13
3. Eckdaten des Finanzplans 2000 - 2004	17
4. Aufgabenschwerpunkte	19
III. Die Einnahmenseite des Finanzplans	
1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	23
2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	24
3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	25
4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen	26
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	26
IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans	
1. Personalausgaben	28
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	31
3. Ausgaben für den Schuldendienst	32
4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke	35
5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen	37

V.	Kommunaler Finanzausgleich	
1.	Kommunaler Finanzausgleich	38
2.	Steuereinnahmen der Kommunen	40
VI.	Schwerpunkte überwiegend wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen	
1.	„ziel: Zukunft im eigenen Lande“	41
2.	Förderung der Bildung	45
3.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	45
4.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	46
5.	Energieeinsparung	47
6.	Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume	47
7.	Landesinitiative Informationsgesellschaft	48
8.	EXPO 2000	48
9.	Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen	48
10.	Verkehrsbereich	52
11.	Innere Sicherheit und Justiz	53
12.	Agrarhaushalt	55
13.	Umwelt, Natur und Forsten	55
14.	Frauenpolitische Maßnahmen	57
15.	Förderung des Wohnungsbaues	58
16.	Städtebauförderung	58
17.	Baumaßnahmen im Hochschulbereich	59
18.	Gesundheitswesen	60
19.	Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich	62
20.	Asyl- und Ausländerrecht	64
21.	Staatlicher Hochbau (ohne Hochschulbau)	64

Anlagen

- 1 Gesamteinnahmen
- 2 Gesamtausgaben
- 3 Finanzierungsübersicht
- 4 Steueraufkommen
- 5 Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben
aufgrund von Bundesgesetzen
- 6 Aufteilung der Finanzausgleichsmasse
- 7 Sachinvestitionen und Investitions-
förderungsmaßnahmen
- 8 Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche
nach Einzelplänen
- 9 Gruppierungsübersicht nach dem Schema des
Finanzplanungsrates

I. Vorbemerkung

1. Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrundezulegen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Der Finanzplan ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 bestimmt, daß der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist. Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die Landesregierung mit der Vorlage des Finanzplans für das Land Schleswig-Holstein 2000 bis 2004 Rechnung.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Die Finanzplanung stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für Parlament und Regierung dar. Sie zeigt vor allem auf, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel für die Finanzierung der Aufgaben des Landes im mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen - aber auch, welche Vorausbelastungen aus bisherigen Maßnahmen zu erwarten sind und wie groß damit der Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben ist.

Der Finanzplan ersetzt nicht die Aufstellung der vom Parlament zu beschließenden jährlichen Haushaltspläne; ihm kommt vielmehr nur Programmcharakter zu. Er wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlußfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt durch den Haushaltsplan des jeweiligen Jahres.

3. Planungszeitraum

Nach § 50 Abs. 2 HGrG ist das erste Planungsjahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr. Grundlage dieser Finanzplanung ist mithin der Haushalt 2000. Die Werte

für 2001 entsprechen dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Eigentliche Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2002 bis 2004.

II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans

1. Wirtschaftliche Rahmendaten

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Die jüngsten Wirtschaftsdaten für das erste Quartal 2000 deuten darauf hin, dass sich die bereits im 2. Halbjahr 1999 zu beobachtende Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung inzwischen verfestigt und an Dynamik gewonnen hat. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das reale Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2000 um 3,3 % zu. Auch wenn man berücksichtigt, dass das Vorjahresergebnis noch durch die negativen Auswirkungen aus der Krise in Asien und Lateinamerika belastet war, ist dies gleichwohl der höchste reale Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den letzten 2 Jahren. Die Bundesrepublik hat damit wieder den Anschluss an das reale Wachstum im Euro-Raum erreicht: Im 1. Quartal 2000 stieg hier das reale Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 % an.

Zu diesem positiven Ergebnis hat vor allem der starke Anstieg der Exportnachfrage, aber auch das kräftige Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen beigetragen. Die realen Exporte stiegen im Vorjahresvergleich -begünstigt auch durch den schwachen Euro- real um mehr als 15 % an. Im Bereich der Anlageinvestitionen hatten insbesondere die sonstigen Anlagen (Datenverarbeitung) mit einem realen Zuwachs von über 11 % und die Ausrüstungen (realer Anstieg von über 8 %) überdurchschnittliche Ergebnisse zu verzeichnen. Demgegenüber stiegen die Bauinvestitionen mit 3,4 % und der private Konsum mit knapp 1% nur relativ gering an. Die noch schwache Nachfrage in diesen Bereichen wird besonders daran sichtbar, dass sowohl die Bauinvestitionen als auch der private Konsum im 1. Quartal 2000 im Vergleich zum Vorquartal gesunken sind.

Für eine Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten spricht, dass die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland im März mit 87,9 % den höchsten Stand seit 1991 erreicht hat, die Industrieproduktion im April 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 5 % und im Vergleich zum Vormonat um 1,5 % in Westdeutschland und 3,5 % in Ostdeutschland weiter angestiegen ist. Auch bei den Auftragseingängen ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die Auftragseingänge übertrafen im März/April ihr Vorjahresniveau um 10,3 % und nahmen auch gegenüber den beiden Vormonaten im März/April preis- und saisonbereinigt um 2,5 % zu. Erfreulicher-

weise war dabei in den neuen Ländern ein weit überdurchschnittlicher Anstieg von nahezu 13 % zu verzeichnen.

Aufgrund der günstigen Entwicklungen in den ersten Monaten des laufenden Jahres und der positiven Wachstumserwartungen sowohl in den europäischen Nachbarländern als auch der Weltwirtschaft insgesamt, sind die meisten Wachstumsprognosen für das Jahr 2000 nach oben hin revidiert worden. Auch die Bundesregierung ging in ihrem Jahreswirtschaftsbericht vom Januar für das laufende Jahr noch von einem realen Wachstum von 2,5 % aus. In der jüngsten Steuerschätzung vom Mai konnte unter Berücksichtigung der verbesserten Konjunkturdaten jetzt für die Jahre 2000 und 2001 ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,75 % angesetzt werden. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute hatten in ihrem Frühjahrsgutachten mit real 2,8 % ein ähnliches Wachstum in beiden Jahren prognostiziert. In Abhängigkeit vor allem von der weiteren Wirtschaftsentwicklung in den USA wird in einzelnen Prognosen aus dem Bankenbereich auch ein reales Wachstum von 3 % für das laufende Jahr für möglich gehalten.

Auch als Folge der günstigeren Wirtschaftsentwicklung hat sich in den letzten Monaten die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spürbar verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Monaten kontinuierlich auf knapp 3,8 Millionen im Mai zurückgegangen, das sind mehr als 200 000 Arbeitslose weniger als im Mai 1999.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich damit von 10,2 % im Mai 1999 auf 9,3% im Mai des laufenden Jahres. Mit einer Quote von 7,5 % war dabei in Westdeutschland der Rückgang deutlich stärker als in den neuen Bundesländern, wo die entsprechende Quote immer noch bei knapp unter 17 % lag. Die starke Belebung der Auftragseingänge lässt hier jedoch erwarten, dass auch in Ostdeutschland mit zeitlicher Verzögerung die Besserungstendenzen stärker ausfallen werden. Nach wie vor belastend wirkt dabei der strukturelle Schrumpfungsprozess im Bereich der Bauwirtschaft.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen und der offenen Stellen hat sich in den letzten Monaten kontinuierlich verbessert. Neben der demographisch bedingten Abnahme des Arbeitskräfteangebots wirkt sich - auch nach Aussagen der Bundesanstalt für Arbeit - hier zunehmend das kräftige Wachstum der deutschen Wirtschaft aus.

Bei der erwarteten Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung kann auch in der zweiten Jahreshälfte mit einer weiteren Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. Vor allem in der Industrie und dem industrienahen Dienstleistungsbereich zeichnet sich eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften ab. Auch im Baubereich zeichnet sich vor allem in den alten Bundesländern zumindest eine deutliche Verlangsamung des Personalabbaus ab.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten davon aus, dass sich im Jahresdurchschnitt 2000 die Arbeitslosenzahl um etwa 270 000 verringert und

sich dieser Rückgang auch im kommenden Jahr 2001 mit einer weiteren Abnahme der Arbeitslosenzahlen um ca. 330000 im Jahresdurchschnitt weiter fortsetzt.

Für das kommende Jahr 2001 gehen die Wirtschaftsprognosen weitgehend übereinstimmend davon aus, dass sich der Konjunkturaufschwung sowohl im Euro-Raum als auch in der Bundesrepublik weiter festigen und an Breite gewinnen wird. Das erreichbare Wirtschaftswachstum wird dabei maßgeblich davon abhängen, inwieweit einerseits die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft und hier insbesondere in den USA anhält und zum anderen die Inlandskonjunktur im Euroraum den allmählich abklingenden Exportboom ausgleichen kann.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute waren in ihrem Frühjahrsgutachten noch von einer leichten Abschwächung der Wachstumsdynamik im EU-Bereich und einer deutlichen Verlangsamung des Wachstums in den USA ausgegangen. Nachdem sich bisher das wirtschaftliche Wachstum in den USA als sehr robust erwiesen hat, die Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung in Japan und den südostasiatischen Ländern günstiger geworden sind und sich auch im Euroraum das Konjunkturklima sowohl im industriellen Bereich als auch bei den Verbrauchern weiter verbessert hat, hat vor Kurzem die OECD ihre Prognosen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung für das kommende Jahr deutlich nach oben revidiert. Für die Bundesrepublik wird jetzt im Jahre 2001 ein reales Wachstum von 3,0 % und ein Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,7 % erwartet. Für die OECD-Länder insgesamt wird ein reales Wachstum von 3,1 % und ein Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,1 % prognostiziert.

Insgesamt sind damit die Chancen für eine Festigung und Verbreiterung des Wirtschaftsaufschwungs in diesem und im kommenden Jahr nicht ungünstig. Dennoch sind Risiken mit internen und weltwirtschaftlichen Ursachen unverkennbar.

Im internationalen Bereich ist die Gefahr einer krisenhaften Zuspitzung auf den Finanz- und Devisenmärkten insbesondere im Falle eines stärkeren Wirtschaftseinbruchs in den USA latent vorhanden. Hierauf hat erst kürzlich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hingewiesen. Umgekehrt könnten die außerordentlichen Wertsteigerungen bei den Vermögenswerten und hier insbesondere den Aktien auch auf die Gütermärkte übergreifen und damit die wirtschaftliche Stabilität gefährden. Von daher ist nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Eindämmung übertriebener Schwankungen der Vermögenswerte eine der wichtigsten Herausforderungen der künftigen Wirtschaftspolitik. Schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei zunehmender Wachstumsbeschleunigung der Inflationsdruck wieder deutlich zunimmt. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die beachtlichen Produktivitätsgewinne abschwächen sollten und gleichzeitig die Öl- und Rohstoffpreisen weiter ansteigen. Bisher ist es der Notenbank in den USA gelungen, durch eine dosierte Anhebung der Leitzinsen ein hohes

Wirtschaftswachstum bei niedrigen Inflationsraten zu sichern. Für die EZB gestaltet sich diese Aufgabe jedoch ungleich schwieriger. Im Gegensatz zu den USA muss im Euro-Raum zum Abbau der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit ein hohes Wirtschaftswachstum erst noch dauerhaft gesichert werden. Gleichzeitig aber gilt es bereits jetzt, inflationären Tendenzen vor allem durch steigende Import- und Rohstoffpreise rechtzeitig zu begegnen.

In der Bundesrepublik selbst kommt es darauf an, dass nach Verabschiedung der Steuerreform auch im Bereich der künftigen Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme verlässliche Rahmendaten zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich muss gewährleistet werden, dass die mit der konjunkturellen Belebung angestrebte Rückführung der öffentlichen Haushaltsdefizite in den kommenden Jahren auch tatsächlich umgesetzt und der Konsolidierungskurs im Bereich der öffentlichen Finanzen weder durch übermäßige steuerliche Entlastungen noch durch wieder ansteigende Ausgaben gefährdet wird. Je schneller es in der Bundesrepublik und in den anderen europäischen Staaten gelingt, in den dargestellten Bereichen nachhaltige Verbesserungen auch im Vergleich zu den USA durchzusetzen, desto früher kann die derzeitige Schwächephase des Euro überwunden werden. Ein dauerhaft schwacher Euro hätte nicht nur negative Auswirkungen auf die Kapitalmarktzinsen, sondern würde auch die innere Stabilität der Währung gefährden.

Unter Abwägung der dargestellten Chancen und Risiken sind die Aussichten als günstig einzuschätzen, dass die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der letzten Steuerschätzung auch tatsächlich realisiert werden können.

Der letzten Steuerschätzung vom Mai 2000 liegen folgende gesamtwirtschaftliche Eckdaten für die alten und die neuen Bundesländer zugrunde:

Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes in v. H.			
	2000	2001	Durchschnitt 1999 – 2003
nominal	3,5	4,0	4,0
real	2,75	2,75	2,5

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig- Holstein verlief im vergangenen Jahr 1999 deutlich günstiger als in der Bundesrepublik insgesamt. Mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,0 % nahm Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr noch vor Bayern und Hessen den Spitzenplatz in der Wachstumsskala ein. Hierbei hat sicherlich auch eine Rolle gespielt, das im vergangenen Jahr vor allem aufgrund von Sonderfaktoren der Bundesdurchschnitt nicht erreicht wurde. Gleichwohl ist das Ergebnis aber auch Ausdruck, einer stabilen mittelständigen Wirtschaftsstruktur des Landes, die sich insgesamt weniger anfällig gegen konjunkturelle Rückschläge erweist. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass Schleswig-Holstein im langfristigen Vergleich der Jahre 1990-1999 mit einem realen Wachstum von über 2 % einen guten Mittelplatz innerhalb der westdeutschen Bundesländer einnimmt.

Das vergleichsweise hohe Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr war maßgeblich auf die günstige Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Preisbereinigt stieg hier die Wertschöpfung um 3,6 % an und übertraf damit den Bundesdurchschnitt von 1,2 % ganz erheblich. Erfreulich entwickelten sich auch die Exporte. Mit einer Exportquote von 31,2 % konnte erstmals die 30 %-Marke übersprungen und damit der Abstand zum Bundesdurchschnitt (34,2 %) weiter verringert werden. Insgesamt schwierig blieb die Situation im Baugewerbe. Bei den Umsätzen war hier ein Rückgang von 2 % zu verzeichnen. Gegen Jahresende zeichnet sich aber bereits eine leichte Besserung ab. Ein zunehmend positiven Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein geht von dem Dienstleistungssektor aus. Dieser Bereich erbringt inzwischen 70,9 % der realen Wertschöpfung des Landes. In Westdeutschland insgesamt liegt die entsprechende Quote bei 64,6 %.

Die vorliegenden Daten für die ersten Monate des laufenden Jahres deuten darauf hin, dass sich die positive Konjunktorentwicklung auch in Schleswig-Holstein weiter fortgesetzt hat. Im ersten Quartal 2000 sind die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 % angestiegen. Mit einem Zuwachs von 14,5 % stieg dabei der Auslandsumsatz besonders stark an. Hierdurch stieg die Exportquote im ersten Quartal 2000 weiter auf 34,3 % an und erreichte damit den Durchschnitt für das Bundesgebiet im vergangenen Jahr.

Auch bei den Auftragseingängen im verarbeitenden Gewerbe war im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr mit 17 % bei den Inlandsumsätzen und über 25 % beim Auslandsumsatz ein hoher Zuwachs zu verzeichnen. Da die Auftragseingänge ein wichtiger Frühindikator für die weitere Wirtschaftsentwicklung sind, bestehen berechnete Hoffnungen, dass auch im laufenden Jahr ein günstiges Wirtschaftsergebnis erzielt werden kann. Nach wie vor unbefriedigend ist die Umsatzentwicklung im Einzelhandel und im Gastgewerbe. In beiden Bereichen waren in den ersten 3 Monaten Umsatzeinbußen zu ver-

zeichnen. Im Baugewerbe trat insofern eine Stabilisierung ein, als sowohl der baugewerbliche Umsatz als auch die Auftragseingänge im ersten Quartal 2000 gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen sind. Im Wohnungsbaubereich ist hingegen die Zahl der Baugenehmigungen weiterhin rückläufig.

Auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein war -ähnlich wie in Westdeutschland insgesamt- bereits im Jahre 1999 eine leichte Entspannung zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 10,4 % im Vorjahr auf 9,4 % im Jahre 1999. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres setzten sich die Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt weiter fort. Die Arbeitslosenquote sank bis zum Mai auf 8,0 %, das ist die niedrigste Quote in diesem Monat seit dem Jahre 1995. Im Bundesgebiet lag die entsprechende Quote bei 9,3 % und in den alten Bundesländern bei 7,5 %. Damit liegt die Quote in Schleswig-Holstein zwar noch über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder, aber deutlich niedriger als in den übrigen norddeutschen Ländern. Lediglich in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz liegt die Arbeitslosenquote niedriger als in Schleswig-Holstein.

Sehr positiv hat sich auch die Beschäftigungslage entwickelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist in Schleswig-Holstein nach einer Stichprobenerhebung vom Februar 2000 um 2,9 % und damit etwas stärker als in Westdeutschland angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr stehen damit 22.500 Menschen mehr in einem Beschäftigungsverhältnis als im Vorjahr. Ein derartig starker Anstieg war zuletzt kurz nach der Wiedervereinigung im ersten Quartal 1992 zu verzeichnen. Die stärksten Beschäftigungsimpulse gingen dabei von dem unternehmensnahen Bereich der Dienstleistungen aus. Aber auch die Bereiche Nachrichten und Verkehr, Handel, Organisationen ohne Erwerbscharakter und auch das Baugewerbe leisteten einen positiven Beschäftigungsbeitrag. Im verarbeitenden Gewerbe waren die Beschäftigungszahlen im Februar zwar noch leicht rückläufig, im März konnte jedoch auch hier erstmals nach 8 Jahren wieder ein leichter Zuwachs erzielt werden.

Diese positive Beschäftigungsentwicklung ist ein weiteres Indiz dafür dass sich neben der demographischen Komponente zunehmend auch die konjunkturelle Entwicklung zur Verbesserung der Arbeitsmarktentwicklung beiträgt.

Die vergleichsweise günstigen Ausgangsbedingungen in Schleswig-Holstein sind für die Landesregierung zugleich Ermutigung und Ansporn, durch zusätzliche Anstrengungen die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein weiter zu verbessern. In vielen Bereichen, wie z.B. dem verstärkten Technologietransfer von den Hochschulen zu den Betrieben, der weiteren Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Intensivierung der beruflichen Qualifizierung, der Erschließung neuer Absatzmärkte insbesondere

im Ostseeraum besteht hier noch ein erhebliches Potential, das es gemeinsam mit der Wirtschaft des Landes zu nutzen gilt. Trotz sehr enger Finanzspielräume im Landeshaushalt ist die Landesregierung bereit, hierzu ihren Beitrag zu leisten. Da jedoch gleichzeitig an dem Ziel, den Landeshaushalt durch den schrittweisen Abbau der Neuverschuldung weiter zu konsolidieren, festgehalten werden muss, wird eine Umstrukturierung des Haushalts und eine noch stärkere Konzentration der knappen Mittel auf die zentralen Aufgabenschwerpunkte erforderlich. Dies schließt auch eine Überprüfung aller Förderprogramme des Landes im Hinblick auf ihre Notwendigkeit und Effizienz mit ein. Die Begrenzung des Schuldenanstiegs und der damit verbundenen Zinslasten ist dabei nicht allein zur Konsolidierung des Landeshaushalts notwendig, sondern liegt letztlich auch im Interesse einer positiven Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in den kommenden Jahren. Nur bei einer konsequenten Einhaltung des Konsolidierungskurses kann gewährleistet werden, dass auch in Zukunft der notwendige finanzielle Handlungsspielraum verfügbar ist, um die Aufgaben des Landes auch in den kommenden Jahren in ausreichendem Umfang erfüllen zu können. Die künftige Generation hat hierauf einen berechtigten Anspruch.

2. Finanzielle Lage des Landes / Haushaltsstruktur

Die Haushaltsjahre 1995 bis 1997 waren durch massive Steuermindereinnahmen geprägt. Trotz umfangreicher Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen konnten die Einnah-

meausfälle gegenüber dem Haushaltssoll nicht vollständig kompensiert werden, so dass Defizite am Ende der jeweiligen Haushaltsjahre ausgewiesen werden mussten.

	1995	1996	1997
Steuermindereinnahmen	354,0 Mio DM	769,0 Mio DM	213,1 Mio DM
Haushaltsdefizit	82,3 Mio DM	360,6 Mio DM	103,6 Mio DM

In den nachfolgenden zwei Jahren (1998 und 1999) konnte der Landeshaushalt durch strenge Bewirtschaftungsmaßnahmen und durch ansteigende Steuereinnahmen konsolidiert werden. Die in den Vorjahren ausgewiesenen Haushaltsdefizite konnten ausgeglichen werden. Darüber hinaus wurden in beiden Jahren Rücklagen (1998: 17,4 Mio DM, 1999: 110 Mio DM) gebildet. Zusätzlich wurde die Kreditaufnahmeermächtigung in den Jahren 1998 und 1999 nicht vollständig ausgeschöpft, so dass am Ende des Haushaltsjahres 1999 eine Restkreditermächtigung in Höhe von insgesamt 204,6 Mio DM vorlag. Auch für 2000 ist ein ausgeglichener Haushaltsabschluss zu erwarten, weil in diesem Jahr nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2000 mit Steuermehreinnahmen gegenüber dem veranschlagten Haushaltssoll zu rechnen ist und die restriktive Haushaltsführung fortgesetzt wird.

Trotz dieser günstigen Ausgangslage sowie positiver wirtschaftlicher Rahmendaten wird das Land im Finanzplanungszeitraum seine restriktive Ausgabenpolitik verstärken müssen, um die Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes auszugleichen.

Haushaltspolitisches Ziel ist trotz der finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen des Landes durch die Steuerrechtsänderungen (veranschlagte Mindereinnahmen des Landes aufgrund des Steuersenkungsgesetzes: 2001: - 605 Mio DM, 2002: - 272 Mio DM, 2003: - 390 Mio DM, 2004: - 328 Mio DM) die Konsolidierung des Landeshaushalts durch eine deutliche Rückführung der Neuverschuldung.

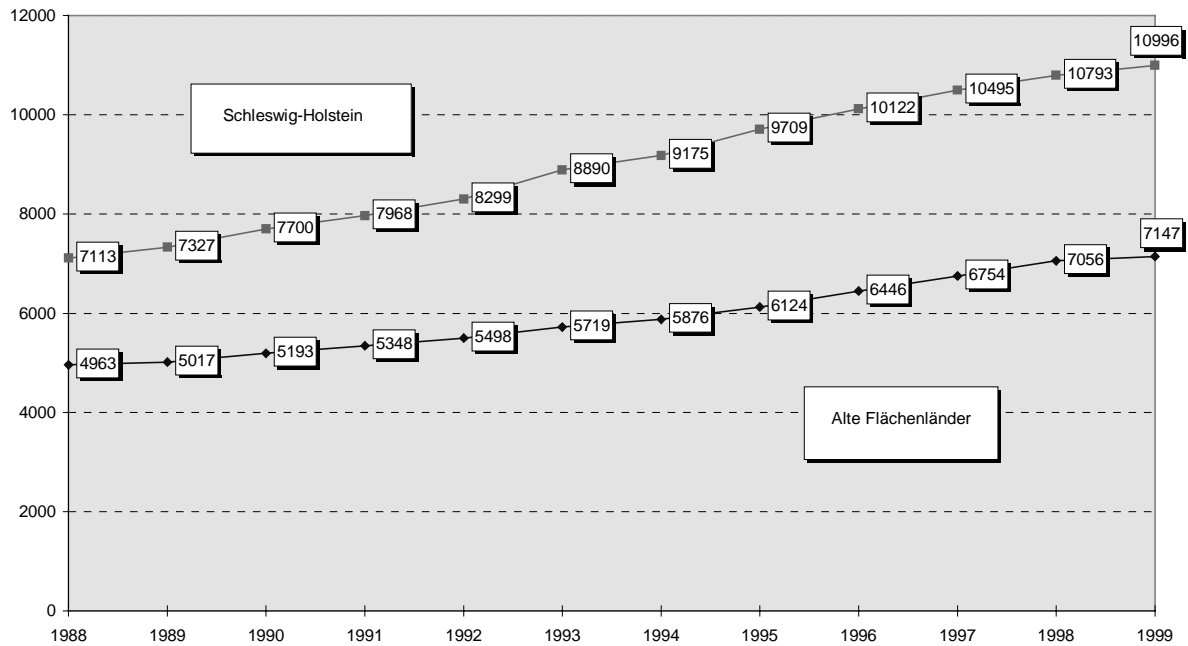
Schleswig-Holstein entspricht damit auch der Empfehlung des Finanzplanungsrates vom 15. Juni 2000, der konkret eine Begrenzung des Finanzierungssaldos des Öffentlichen Gesamthaushalts von - 72 Mrd DM in 2000 auf - 17 Mrd DM in 2004 (also eine Absenkung um 76 %) empfohlen hat. Verbunden mit den Steuerrechtsänderungen würden Investitionskraft und Beschäftigungspotenzial in Deutschland gestärkt werden.

Um die Neuverschuldung in Schleswig-Holstein bis 2005 deutlich zurückzuführen und bis 2010 auf 0 DM reduzieren zu können, sind strukturelle Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushalts erforderlich wie

- der Abbau von dreistufigen Verwaltungen,
- die Überprüfung aller Förderprogramme des Landes im Hinblick auf ihre Notwendigkeit und Effizienz,
- eine länderübergreifende Zusammenarbeit,
- die Fortsetzung der Funktionalreform sowie
- Deregulierungen und Abbau von Standards

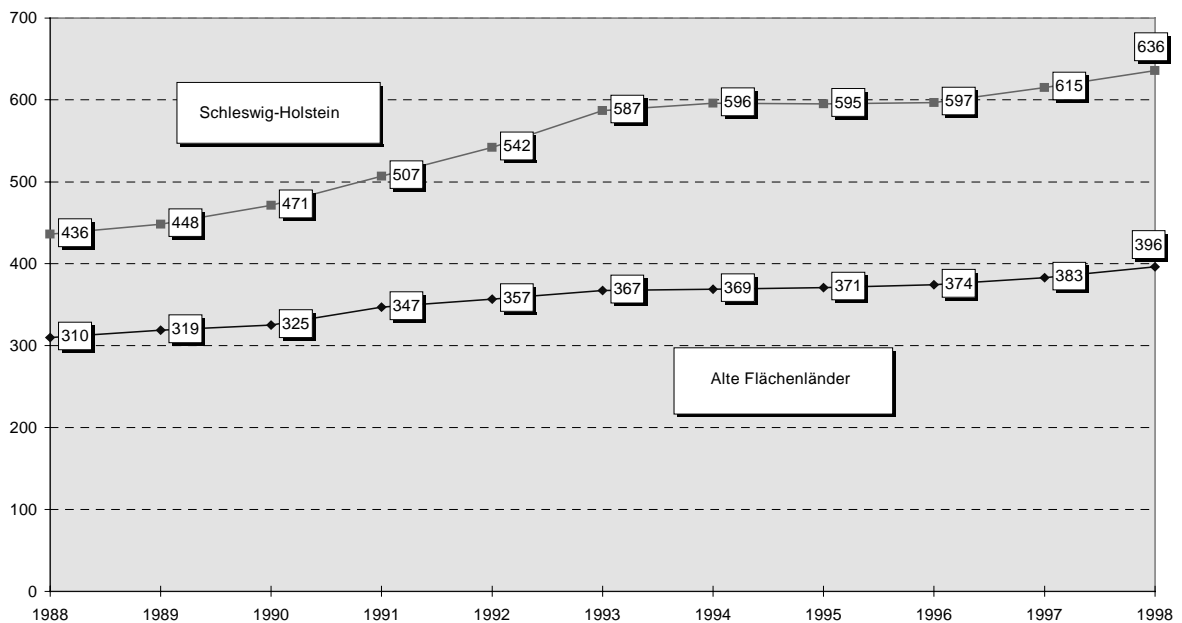
Wie wichtig die Rückführung der Neuverschuldung ist, zeigt der in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den alten Flächenländern überproportional hohe Schuldendienst.

Schulden des Landes pro Einwohner (in DM)



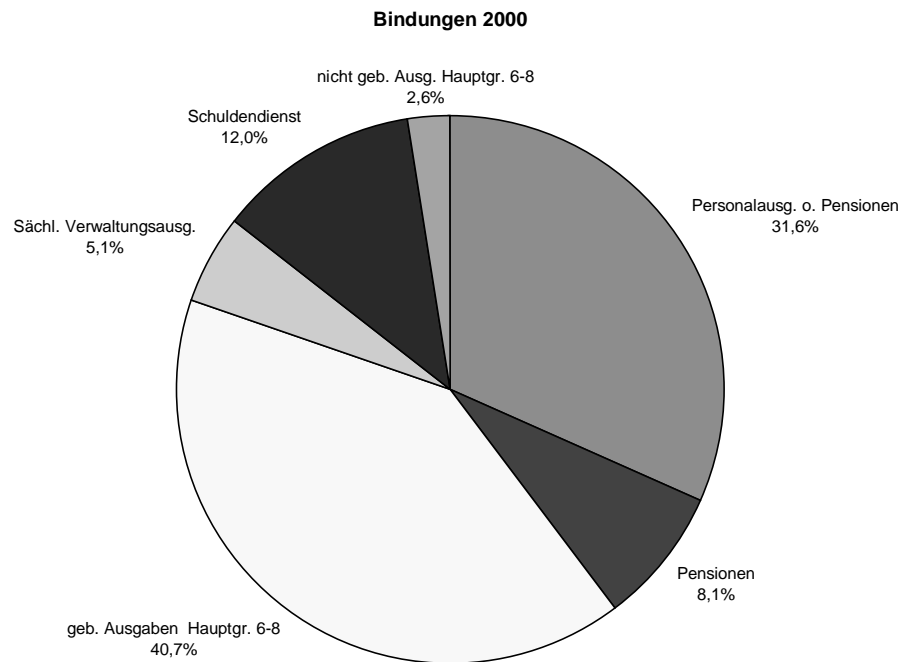
Das Land muss aufgrund dieser Schuldensituation pro Jahr 240 DM oder 60 % je Einwohner mehr an Zinsen zahlen als die alten Flächenländer.

Zinsausgaben des Landes je Einwohner (in DM)



Neben dem hohen Schuldendienst stellt auch der hohe Anteil an Pensionen an den Ausgaben des Landes ein Haushaltsrisiko dar. 8,1 % der Landesmittel entfallen derzeit auf Pensionen. Die Höchstzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

wird jedoch voraussichtlich erst im Jahre 2020 erreicht werden. Der Anteil der Ausgaben für Pensionen wird bis dahin trotz Auflösung der Versorgungsrücklage auf über 10 % der Ausgaben des Landes steigen. Wenn bereits im Jahre 2000 für die Versorgungsausgaben rd. 10 % der Ausgaben benötigt würden, müssten die konsumtiven Ausgaben um rd. 300 Mio DM reduziert werden. Ohne Eingriffe in die großen Ausgabenblöcke des Landes und in gesetzlich festgelegte Ausgaben wären solche Ausgabekürzungen nicht realisierbar, wie die folgende Übersicht zeigt:



Die Notwendigkeit einer weiteren restriktiven Ausgabenpolitik mit umfangreichen strukturellen Einsparungen ergibt sich somit nicht nur aufgrund der Steuersenkungen, sondern allein schon wegen der Entwicklung der Versorgungslasten.

Mit dem Haushalt 2001 werden die bisherigen strukturellen Einschnitte fortgesetzt. Die Ausgaben für Förderprogramme wurden um ca. 70 Mio DM reduziert, die Tarifsteigerungen im Personalhaushalt werden ohne zusätzliche Haushaltsmittel finanziert.

3. Eckdaten des Finanzplans 2000 bis 2004

Für den Zeitraum der Finanzplanung hat die Landesregierung folgende Entwicklung der Nettoausgaben vorgesehen :

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u> (ohne Ausgaben im Länderfinanzausgleich)
Haushalt	2000	14.750,5	0,9
Haushaltsentwurf	2001	14.994,5	1,7*
Planung	2002	14.918,0	- 0,5
Planung	2003	15.100,0	1,2
Planung	2004	15.520,5	2,8

* ohne durchlaufende EU-Mittel: 0,9 %

Bei den Nettoeinnahmen wird folgendes Wachstum erwartet:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2000*	13.513,9	0,9
Haushaltsentwurf	2001*	13.740,2	1,7
Planung	2002*	13.846,7	0,8
Planung	2003	14.237,3	2,8
Planung	2004	14.888,8	4,6

*ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Für die **Neuverschuldung** des Landes ergibt sich **ohne die Auswirkungen der beschlossenen Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer** folgende Entwicklung:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Veränderung absolut - in Mio. DM -</u>
Haushalt	2000*	973,0	23,0
Haushaltsentwurf	2001*	987,7	14,7
Planung	2002*	1.076,0	88,3
Planung	2003	930,0	-146,0
Planung	2004	700,0	-230,0

* ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Aufgrund der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer wird die Neuverschuldung um folgende Beträge abgesenkt.

		<u>Mio. DM</u>
Haushalt	2000	-
Haushaltsentwurf	2001	57,0
Planung	2002	66,0
Planung	2003	65,0
Planung	2004	66,0

Mit diesen Auswirkungen ergibt sich somit folgende Neuverschuldung:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Veränderung absolut - in Mio. DM -</u>
Haushalt	2000*	973,0	23,0
Haushaltsentwurf	2001*	930,7	-42,3
Planung	2002*	1.010,0	79,3
Planung	2003	865,0	-145,0
Planung	2004	634,0	-231,0

* ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Aufgrund der geringeren Neuverschuldung werden dauerhaft Zinsausgaben gespart.

Im Finanzplanungszeitraum belaufen sich die Einsparungen auf:

		<u>Mio. DM</u>
Haushalt	2000	-
Haushaltsentwurf	2001	0,2
Planung	2002	3,7
Planung	2003	7,8
Planung	2004	11,9

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der großen Einnahme- und Ausgabeblöcke im Planungszeitraum auf der Grundlage des Gruppierungsplans geben die **Anlagen 1 bis 3**.

4. Aufgabenschwerpunkte

Mit der Finanzplanung bis 2004 wird bewiesen, dass Schleswig-Holstein finanzpolitisch handlungsfähig bleibt. Am strikten Sparkurs wird festgehalten. Die Wachstumsraten des Haushalts liegen deutlich unter der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Die Reformen werden fortgesetzt. Schwerpunkte der Politik sind:

- Programm „*ziel*: Zukunft im eigenen Land“

Im Programm „*ziel*: Zukunft im eigenen Land“ mit einem Gesamtvolumen von rd. 2,1 Mrd. DM im Zeitraum 2000 bis 2006 wurden das „Regionalprogramm 2000“, das Programm „Zukunft auf dem Land“ und das Programm „ASH 2000“ gebündelt, um die erhöhten Fördermittel der EU zu binden und effektiv einzusetzen.

Das Programm verfolgt folgende Ziele:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen u.a. in neuen Arbeitsfeldern und durch neue Arbeitsorganisationen
- Berufliche Qualifizierung
- Förderung zukunftsweisender Technologien
- Förderung der Informationsgesellschaft
- Stärkung der ländlichen Räume einschl. Modernisierung der Agrarstruktur
- Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Klimaschutz
- ökologische Modernisierung
- Ostsee- und Nordseekooperation

Dabei sollen innovative Projekte, die in besonderer Weise zukunftsweisend oder strukturfördernd sind, grundsätzlich einen Fördervorrang erhalten. Im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird Projekten ein Fördervorrang eingeräumt, die staatliche Transferzahlungen vermeiden oder überwinden.

- Wohnungsbau

Das vom Land finanzierte Volumen des Wohnungsbaues beläuft sich im Jahre 2000 auf 140,0 Mio. DM. Ein neues Wohnungsbauprogramm 2001 ist noch nicht beschlossen.

– Städtebauförderung

Das Förderungsvolumen beträgt für den Planungszeitraum insgesamt rd. 99,7 Mio. DM.

– Arbeitsmarkt

Für das arbeitsmarktpolitische Programm des Landes ASH - das alle Maßnahmen der Ressorts zusammenfasst - werden im Finanzplanungszeitraum Landesmittel allein im MAGS im Gesamtbetrag von 184 Mio. DM bereitgestellt. Hinzu kommen noch ESF-Mittel in Höhe von rd. 130 Mio DM.

– Umweltschutz

Durch die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe können umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen im Bereich Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung und Wasserversorgung in Höhe von rd. 130,0 Mio DM finanziert werden.

Ähnliches gilt für die ab 2001 zu erhebende Oberflächenwasserentnahmeabgabe. Von einem zu erwartendem Aufkommen von rd. 232,0 Mio im Finanzplanungszeitraum sollen 50 % für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden.

Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe i.H.v. 180,0 Mio DM werden u.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte finanziert.

– Innere Sicherheit und Justiz

Für die Innere Sicherheit werden von 2000 bis 2004 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei allein rd. 3,3 Mrd. DM ausgegeben.

Die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Justiz wird gesichert. Durch Modernisierung und umfassenden Einsatz von Informationstechnik wird die Justiz zukunftsfähig gemacht. Hierfür sind bis zum Jahre 2004 rd. 68,5 Mio. DM eingeplant.

– Landesentwicklung

Für die Entwicklung der ländlichen Räume einschließlich der Förderung der Land- und Ernährungswirtschaft, der Fischerei und Küstenschutzmaßnahmen steht insgesamt rd. 1 Mrd. DM im Finanzplanungszeitraum insbesondere für Investitionen zur Verfügung.

– Kindertagesstätten

Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sind insgesamt 528,3 Mio. DM im Finanzplanungszeitraum insbesondere für laufende Leistungen vorgesehen.

– Schulbereich

Lehrerbedarf

Im Zeitraum 2000 bis 2005 werden insgesamt 1200 neue Lehrerstellen in jährlichen Raten von 200 Stellen neu geschaffen. Zusätzlich zu den im Haushalt 2000 bereits ausgewiesenen 50 neuen Stellen für Lehramtsanwärter und Studienreferendare werden im Haushalt 2001 weitere 100 neue Stellen ausgebracht. Ferner werden die in diesem Bereich vorhandenen kw-Vermerke auf die Jahre 2004 und 2005 hinausgeschoben.

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung, bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ab sofort die neu einzustellenden Lehrkräfte wieder in ein Beamtenverhältnis zu berufen und die unbefristet beschäftigten Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu verbeamten sind im Stellenplan die notwendigen Umwandlungen vollzogen.

Alle freiwerdenden Stellen für Lehrkräfte werden auch künftig wieder besetzt.

– Hochschulen und Forschung

Da mittlerweile alle neun Hochschulen des Landes Zielvereinbarungen mit dem MBWFK geschlossen haben, werden die Hochschulzuschüsse in der Höhe des Jahres 2000 auch mittelfristig fortgeschrieben. Die Hochschulen sollen damit ein höheres Maß an Planungssicherheit bei weitgehend globalisierten Haushalten erhalten. Nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen werden die Hochschulen ab dem Jahr 2002 entsprechend dem im letzten Jahr novellierten Hochschulgesetz Zuschüsse zu ihren Wirtschaftsplänen erhalten. Die Wirtschaftspläne der Hochschulen einschließlich der weiterhin verbindlichen Stellenpläne werden dann als Anlage zum Landeshaushalt abgedruckt werden. Einhergehen muss mit dieser weiteren Verantwortungsübertragung

auf die Hochschulen im Rahmen von Zielvereinbarungen die Einführung einer Kostenrechnung, eines Berichtswesens und eines Controllings.

Das Land wird sich an dem neuen Bund-Länder-Programm HWP (Hochschul- und Wissenschaftsprogramm) beteiligen. Jährlich werden den Hochschulen insgesamt rund sechs Millionen Mark zusätzliche finanzielle Unterstützung bei den notwendigen Strukturreformen erhalten. Finanziert werden Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre, zur Entwicklung von Fachhochschulen und zu strukturellen Innovationen im Hochschulbereich.

– Wirtschaftsförderung

Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind mit 141,9 Mio. DM eingeplant.

Das Aufstiegsfortbildungsgesetz gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung. Für Leistungen nach dem Gesetz sind 23,4 Mio. DM vorgesehen, von denen der Bund 16,6 Mio. DM trägt.

Das Programm zur Übernahme von Wagniskapitalbeteiligungen und zur Gewährung von Beratungskostenzuschüssen für Beteiligungsnehmerinnen und Beteiligungsnehmer wird ab 1997 direkt aus dem Landeshaushalt finanziert. Die Zuschüsse sollen im Berichtszeitraum rd. 18,8 Mio. DM betragen.

Für das ab 1999 neu aufgelegte Programm "Innovation schafft Arbeit" sind 20,5 Mio. DM eingeplant. Dieses Programm ist künftig Teil des Schwerpunktes „Technologieförderung“ und wird ab 2001 deshalb im Haushalt nicht mehr gesondert ausgewiesen.

(Wegen Einzelheiten der Schwerpunkte vor allem wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen wird auf die Ausführungen in dem Abschnitt VI des Finanzplans verwiesen.)

III. Die Einnahmenseite des Finanzplans

1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Grundlage für die Veranschlagung der Steuereinnahmen, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen sind

- eine eigene Steuerschätzung auf der Basis des regionalisierten Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 16. bis 18. Mai 2000,
- die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz) sowie des Gesetzentwurfs zur Umrechnung und Glättung steuerlicher Euro-Beträge (Steuer-Euroglättungsgesetz) auf der Grundlage des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses,
- die Leistungen des Landes an den Fonds „Deutsche Einheit“ einschließlich der für die Jahre 1998 bis 2000 gesetzlich festgeschriebenen und der vom Bund für die Jahre 2001 bis 2003 zugesagten Streckung der Annuitätzahlungen. Die Finanzierungsbeiträge an den Fonds „Deutsche Einheit“ müssen wie folgt bereitgestellt werden:

2000	117 Mio. DM
2001	124 Mio. DM
2002	150 Mio. DM
2003	195 Mio. DM
2004	256 Mio. DM

Die weitere Tilgungsstreckung für drei Jahre ist eine Teilkompensation für die Steuermindereinnahmen des Landes durch das Steuersenkungsgesetz und bedeutet für das Land Nettomehereinnahmen nach KFA und Steuermindereinnahmen bei der Gewerbesteuerumlage von 47,5 Mio DM in 2001, 41,7 Mio DM in 2002 und 36,6 Mio DM in 2003.

Den finanziellen Auswirkungen des Schätzergebnisses liegen die unter Abschnitt II.1 genannten gesamtwirtschaftlichen Annahmen zugrunde.

Die Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2000 wurde auf der Basis des geltenden Steuerrechts vorgenommen. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen auf die staatlichen Ebenen wurde für die Umsatzsteuer der gegenwärtige Verteilerschlüssel für den gesamten Projektionszeitraum zugrunde gelegt. Danach stehen dem Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. für die Rentenfinanzierung zu. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden als Ausgleich für die ab 1. Januar 1998 weggefallene Gewerbesteuer 2,2 v.H. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 50,25 v.H. und den Ländern 49,75 v. H. zu.

Die Steuereinnahmen, der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden sich nach dem Ergebnis der Steuerschätzung voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Jahr	Steuer- einnahmen	LFA - Mio. DM -	BEZ	Insgesamt	Zuwachs in v. H.
2000 *)	10.262,5	197,0	572,0	11.031,5	
2001	10.058,0	170,0	511,6	10.739,6	- 2,6
2002	10.685,9	170,0	487,5	11.343,4	+ 5,6
2003	11.101,8	188,6	492,5	11.782,9	+ 3,9
2004	11.737,7	209,1	499,7	12.446,5	+ 5,6
*) Haushalt 2000	10.397,6	121,0	459,0	10.977,6	

2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen

Dieser Bereich enthält die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Gebühren und Geldbußen), die Wirtschaftseinnahmen (insbesondere Lottereeinnahmen, Gewinne und Erlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und Pachten), Veräußerungserlöse - auch im Rahmen des Liegenschaftsmodell - , Gewährleistungseinnahmen und die Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen aller Art. Insgesamt ergibt sich bei diesen Einnahmen folgende Entwicklung:

		<u>- Mio. DM -</u>
Haushalt	2000	1.166,6
Haushaltsentwurf	2001	1.275,0
Planung	2002	824,6
Planung	2003	780,2
Planung	2004	782,0

Außerordentliche Erlöse aus Vermögensveräußerungen sind in folgender Höhe veranschlagt:

2000:

- 250 Mio DM aus der Übertragung von Grundstücken des Landes auf die Investitionsbank (2. Tranche)
- 100 Mio DM aus Vermögensveräußerungen
- 55 Mio DM aus der endgültigen Veräußerung der Anteile an der Flughafen Hamburg GmbH

2001:

- 200 Mio DM aus der Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank (3. Tranche)
- 210 Mio DM aus der Veräußerung von Beteiligungen
- 200 Mio DM im Zusammenhang mit der EU-Entscheidung über die Inanspruchnahme von Haftkapital durch die Landesbank

2002:

- 50 Mio DM aus der Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank

3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

- 3.1** Die Zuweisungen und Zuschüsse für nichtinvestive Zwecke, einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, entwickeln sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt:

- Mio. DM -

Haushalt	2000	1.676,7
Haushaltsentwurf	2001	1.874,1
Planung	2002	1.801,8
Planung	2003	1.770,0
Planung	2004	1.792,8

4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen (ohne Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt)

Hierunter fallen im wesentlichen

- Zuweisungen des Bundes
 - ° zur Förderung des Wohnungsbaus
 - ° nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - ° nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr)
 - ° im Zusammenhang mit der Bahnreform
- der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben der Krankenhausfinanzierung
- Zuweisungen der Europäischen Union zur Förderung strukturschwacher Räume.

Für die Jahre des Planungszeitraums werden folgende Einnahmen erwartet:

		<u>- Mio. DM -</u>
Haushalt	2000	283,3
Haushaltsentwurf	2001	339,5
Planung	2002	371,5
Planung	2003	370,5
Planung	2004	359,6

5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Die Entwicklung des Bruttokreditbedarfs wird bei der inzwischen auf 31,5 Mrd. DM angewachsenen Gesamtverschuldung des Landes maßgeblich von der Fälligkeitsstruktur der Altschulden bestimmt. Neben der Anschlussfinanzierung für die Altschulden beeinflusst auch die Neuverschuldung die Höhe des jährlichen Bruttokreditbedarfs.

Die Niedrigzinsphase der letzten Jahre ist von Seiten des Kreditmanagements zu einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten und damit zu einer Verbesserung der Laufzeitstruktur des Schuldenstandes genutzt worden. Diese Verlängerung der Kreditlaufzeiten trägt maßgeblich dazu bei, dass das Tilgungsvolumen und damit auch der Bruttokreditbedarf in den nächsten Jahren annähernd konstant bleibt (vgl. hierzu auch Abschnitt IV Tz. 3.3). Nachdem jedoch seit Anfang des vergangenen Jahres die Kapitalmarktzinsen um fast 2 % angestiegen sind und ein weiterer Anstieg nicht ausgeschlossen werden kann, ist beginnend mit dem Jahre 2000 eine schrittweise Verkürzung der Durchschnittslaufzeit vorgesehen. Hierdurch und aufgrund des weiteren Anstiegs der Verschuldung des Landes wird ab dem Jahre 2003 das Tilgungsvolumen und damit auch der Bruttokreditbedarf wieder stärker zunehmen.

Im einzelnen entwickelt sich die am Kreditmarkt zu finanzierende **Bruttokreditaufnahme (einschließlich Umschuldungen) und die Nettokreditaufnahme (ohne Berücksichtigung der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer)** wie folgt:

Jahr	Kreditaufnahme		Kreditfinanzierungsquote
	Brutto	netto	
	- in Mio DM -		- in v.H. -
Soll 2000	4.403,2	973,0	6,6
2001	4.300,6	987,7	6,6
2002	4.399,6	1.076,0	7,2
2003	5.849,3	930,0	6,2
2004	5.277,3	700,0	4,5

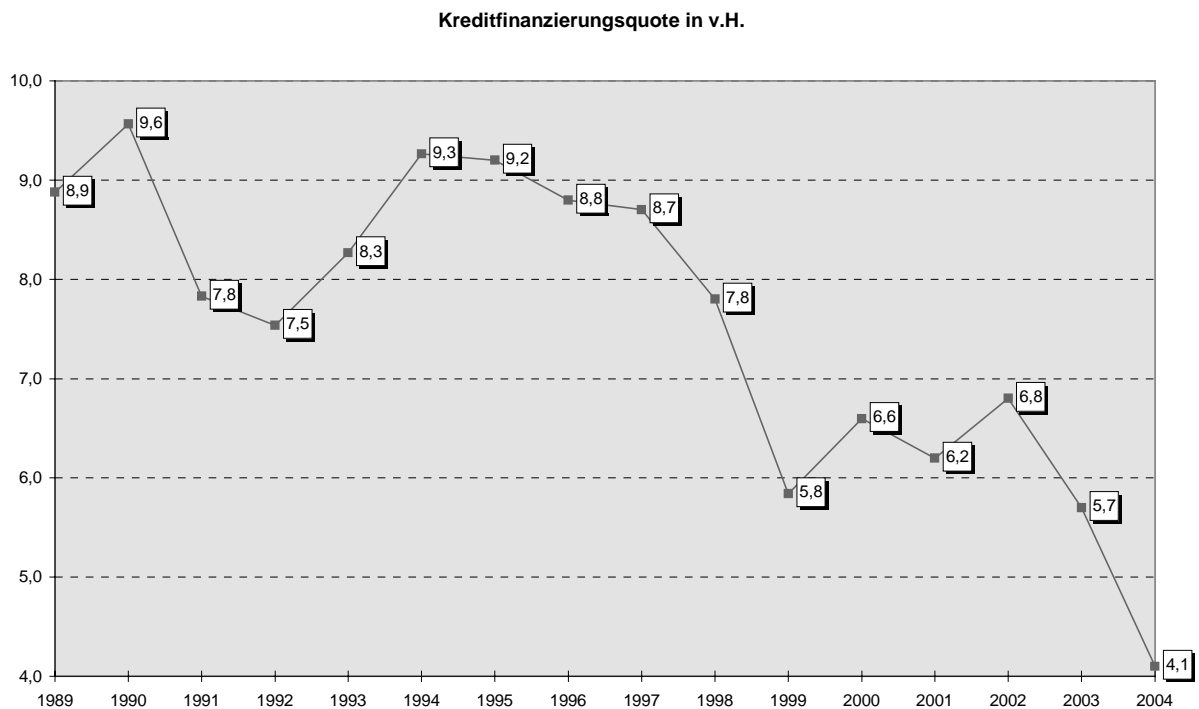
Aufgrund der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer konnte die Kreditaufnahme weiter abgesenkt werden.

Die dem Finanzplan zugrundeliegende **Brutto- und Nettokreditaufnahme unter Einbeziehung der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer** entwickelt sich damit wie folgt:

Jahr	Kreditaufnahme		Kreditfinanzierungsquote
	Brutto	netto	
	- in Mio DM -		- in v.H. -
Soll 2000	4.403,2	973,0	6,6
2001	4.243,6	930,7	6,2
2002	4.333,6	1.010,0	6,8
2003	5.784,3	865,0	5,7
2004	5.211,3	634,0	4,1

Die Kreditfinanzierungsquote, die sich aus der Nettokreditaufnahme in v.H. der Nettoausgaben berechnet, steigt lediglich im Jahre 2002 spürbar an und geht danach wieder deut-

lich zurück. Ursächlich für den Anstieg im Jahre 2002 sind die Einnahmeausfälle aus der Steuerreform und der damit verbundene Anstieg der Neuverschuldung. Auch bei äußerst restriktiver Ausgabengestaltung ist bei diesen hohen Einnahmeausfällen ein vorübergehender Anstieg der Neuverschuldung unausweichlich.



IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans

1. Personalausgaben

1.1 Berechnung der Personalausgaben

Ab 1998 werden die Personalausgaben des Landes budgetiert. Die Budgetermittlung für 2001, d.h. die Ansätze für die Obergruppe 42, erfolgte aufgrund hochgerechneter personenbezogener Daten des Landesbesoldungsamtes. Für lineare Steigerungen sind - mit Ausnahme des Lehrerbereichs - keine Haushaltsmittel veranschlagt.

1.2 Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein

Nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz sind Bund und Länder verpflichtet, ab 1999 Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (in der Regel 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2013 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben (ab 2014) im Lande eine Rücklage aufgebaut werden. Die sich daraus ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein übertragen worden. Im Zeitraum 2000 bis 2004 sind als Zuführungen an die Versorgungsrücklage folgende Ansätze ausgewiesen:

<u>- Mio. DM -</u>		
Haushalt	2000	12,9
Haushalt	2001	22,5
Planung	2002	26,3
Planung	2003	30,0
Planung	2004	39,5

1.3 Stellenplan 2001

Der Stellenplan 2001 weist insgesamt 55.590 Planstellen und Stellen aus.

Davon entfallen 54.671 Planstellen und Stellen auf die Landesverwaltung und 919 Planstellen auf die Wirtschaftsbetriebe des Landes.

Aufgrund der rechtlichen Verselbständigung der Universitätsklinik werden für diese Bereiche nur noch die Planstellen im Landeshaushalt ausgewiesen.

Insgesamt verringert sich die Gesamtstellenzahl des Landes gegenüber dem Haushalt 2000 (55.736) um 146 Stellen. Dem Stellenzugang von 451 Stellen stehen Einsparungen von 597 Stellen gegenüber.

Neue Stellen sind insbesondere für Lehrerinnen und Lehrer (200) und Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter (100) geschaffen worden. Zusätzlich wird der weitere Aufbau der FH Westküste mit 5 neuen Stellen fortgesetzt. Die Musikhochschule Lübeck erhält 3 neue Stellen.

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung, bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ab sofort die neu einzustellenden Lehrkräfte wieder in ein Beamtenverhältnis zu berufen und die unbefristet beschäftigten Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu verbeamten, sind im Stellenplan die notwendigen Umwandlungen vollzogen.

Von den 597 Stelleneinsparungen entfallen 153 auf den Übergang von Aufgaben der Landesbauverwaltung auf die Anstalt „Gebäudemanagement Schleswig-Holstein“. Im Rahmen der 58er-Regelung sind insgesamt in 2001 44 Stellen eingespart worden.

1.4 Stelleneinsparprogramm „1.600 Stellen“

Das sogenannte "1.600 Stellen-Einsparprogramm" sieht die vorzeitige Realisierung aller im Haushalt 1996 ausgewiesenen kw-Vermerke bis zum Jahr 2000 vor. Hiervon sind nur kw-Vermerke für Personalräte, Schwerbehinderte und Nachwuchskräfte und der Schulbereich ausgenommen.

In 2001 werden im Rahmen dieses Programms 135 Planstellen und Stellen eingespart. Die noch verbleibenden 51 Einsparungen werden jedoch erst über die Nachschiebeliste konkretisiert.

1.5 Stelleneinsparprogramm „600 Stellen“

Im Haushalt 2000 sind rd. 600 kw-Vermerke ausgebracht (ohne kw-Vermerke im Rahmen des 1.600-Stellen-Einsparprogramms, für Personalratsmitglieder, für Schwerbehinderte und für die vorübergehende Unterbringung von Nachwuchskräften), die im Rahmen des „600-Stelleneinsparprogramms“ bis zum Jahr 2005 zu realisieren sind. Soweit diese kw-Vermerke nicht bereits in 2001 realisiert werden oder einen Wegfallvermerk bis 2005 ausweisen, werden diese Vermerke grds. ohne Zusatz ausgebracht, so dass sie spätestens bis 2005 realisiert werden.

In 2001 werden Einsparungen von 19 Stellen, die zusätzlich erbracht worden sind, auf das Einsparkontingent dieses Einsparprogramms angerechnet.

1.6 Gesamtentwicklung der Personalausgaben

Die Personalausgaben werden sich unter Berücksichtigung von linearen Gehaltsverbesserungen und allgemeinen Personalkostenbudgetabschlägen wie folgt entwickeln:

		Besoldung Vergütung (OGr. 42 und 46)*	Versor- gung (OGr. 43)	sonstige Personal- ausgaben (OGr. 41, 44 und 45)	Personal- ausgaben (HGr.4)	Zuwachs
		Mio. DM				in v. H.
Haushalt	2000	4.347,3	1.190,2	329,9	5.867,4	-0,4
Haushaltsentwurf	2001	3.979,6	1.268,2	337,5	5.585,3	-5,2
Planung	2002	3.974,5	1.344,3	342,3	5.661,1	1,4
Planung	2003	4.004,1	1.413,9	347,6	5.765,6	1,9
Planung	2004	4.062,4	1.488,0	354,5	5.904,9	2,4

* ab 2001 ohne Personalausgaben der Hochschulen (§ 21 Hochschulgesetz)

2. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 754,7 Mio. DM (2000) auf 833,2 Mio. DM (2004). Im Hinblick auf die Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank sind ab 2000 zusätzliche Ausgaben für Mieten eingeplant. In den Planjahren ergibt sich folgende Entwicklung:

		Mio. DM	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2000	754,7	7,5
Haushaltsentwurf	2001	811,9	7,6
Planung	2002	826,9	1,9
Planung	2003	827,8	0,1
Planung	2004	833,2	0,7

3. Ausgaben für den Schuldendienst

3.1 Zinsausgaben

Die Entwicklung der Zinsausgaben wird bestimmt durch den Schuldenzuwachs, die Veränderung der Kapitalmarktzinsen und die Bemühungen des Kredit- und Zinsmanagements, die Zinsausgaben des Landes zu optimieren.

Trotz des weiteren Anstiegs der Verschuldung des Landes ist es im Haushalt 2000 gelungen, die Zinsausgaben auf dem Stand des Vorjahres zu stabilisieren. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass der Mehraufwand aus der Neuverschuldung durch die niedrigen Zinskosten aus der Anschlussfinanzierung höher verzinslicher Altkredite und ergänzende Optimierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements kompensiert werden konnten. Auch im kommenden Jahr 2001 bleibt der Anstieg der Zinsausgaben aus den gleichen Gründen noch maßvoll. Insbesondere ab dem Jahre 2002 steigen jedoch die Zinsausgaben jedoch wieder deutlich stärker als der Haushalt insgesamt.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach dem deutlichen Anstieg der Kapitalmarktzinsen die Entlastungseffekte aus der Umschuldung von Altschulden und den Einsparungen im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements nicht mehr ausreichen, um die Mehrbelastungen aus der wieder ansteigenden Neuverschuldung auszugleichen.

Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung im Finanzplanungszeitraum wird angenommen, dass nach dem kräftigen Anstieg der Kapitalmarktzinsen auf derzeit 5,75 % für 10-jährige Länderdarlehen in den kommenden Jahren nur noch ein moderater Anstieg erfolgen wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Inflationsrate entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Erwartungen nicht wesentlich über 2 % ansteigt.

Im einzelnen entwickeln sich die **Zinsausgaben (ohne Berücksichtigung der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer)** wie folgt:

Haushaltsjahr		in Mio. DM	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2000	1.772,4	
Haushaltsentwurf	2001	1.806,0	+ 1,9
Planung	2002	1.913,2	+ 5,9
Planung	2003	1.980,0	+3,5
Planung	2004	2.047,7	+ 3,4

Aufgrund der Beamtung der Lehrerinnen und Lehrer wird die Neuverschuldung abgesenkt. Dadurch werden dauerhaft Zinsausgaben eingespart.

Die dem Finanzplan zugrundeliegenden **Zinsausgaben (unter Einbeziehung der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer)** entwickeln sich damit wie folgt:

Haushaltsjahr		in Mio. DM	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2000	1.772,4	
Haushaltsentwurf	2001	1.805,8	+ 1,9
Planung	2002	1.909,5	+ 5,7
Planung	2003	1.972,2	+3,3
Planung	2004	2.035,8	+ 3,2

Die Zins-Ausgaben-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Nettoausgaben) und die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Steuern einschließlich BEZ und LFA) entwickeln sich wie folgt:

Haushaltsjahr		Zins-Ausgaben-Quote - in v.H. -	Zins-Steuer-Quote - in v.H. -
Haushalt	2000	12,0	16,1
Haushaltsentwurf	2001	12,0	16,8
Planung	2002	12,8	16,8
Planung	2003	13,1	16,7
Planung	2004	13,1	16,4

Da die Zinsausgaben aus den dargestellten Gründen weiter ansteigen, die Nettoausgaben im Jahre 2002 jedoch absolut zurückgehen und auch im Jahre 2003 nur leicht ansteigen, erhöht sich die Zins-Ausgaben-Quote ab dem Jahre 2002. Die Zins-Steuer-Quote steigt in den kommenden Jahren aufgrund der erheblichen Steuerausfälle im Zuge der Steuerreform ebenfalls an.

3.2 Entwicklung des Primärüberschusses

Der Primärsaldo liefert Anhaltspunkte dafür, ob und in welchem Umfang sich der reguläre Haushalt (d.h. der nicht kreditfinanzierte Haushalt) verbessert oder verschlechtert und in welchem Umfang hierzu Veränderungen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite beizutragen.

in Mio. DM	Ist	Soll	HHE	MFP		
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Nettoeinnahmen*	13.607,1	13.513,9	13.740,2	13.846,7	14.237,3	14.888,8
Nettoausgaben	14.566,7	14.750,5	14.994,5	14.918,0	15.100,0	15.520,5
Finanzierungssaldo	-959,6	-1.236,6	-1.254,3	-1.071,3	-862,7	-631,7
Zinsausgaben	1.756,8	1.772,4	1.805,8	1.909,5	1.972,2	2.035,8
Bereinigte Nettoausgaben (Nettoausgaben minus Zinsausgaben)	12.809,9	12.978,1	13.188,7	13.008,5	13.127,8	13.484,7
Primärüberschuss (Nettoeinnahmen minus bereinigte Nettoausgaben)	797,2	535,8	551,5	838,2	1.109,5	1.404,1
Nettokreditaufnahme	851,0	973,0	930,7	1.010,0	865,0	634,0

* ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Der Primärsaldo ist hingegen kein Indikator dafür, ob und in welchem Umfang Ausgaben auf dem Kreditwege finanziert werden.

Vor allem durch die Einnahmeausfälle aus der bereits vollzogenen Steuerentlastung verringert sich der Primärüberschuss im laufenden Haushalt im Vergleich zum Vorjahr um ca. 261 Mio. DM. Die zusätzlichen Einnahmeausfälle aus der anstehenden Steuerreform führen dazu, dass der Primärüberschuss auf niedrigem Niveau verharrt. Erst in den Folgejahren können diese Einnahmeausfälle aus der Steuerreform zunehmend durch Mehreinnahmen aufgrund der verbesserten Konjunktorentwicklung überkompensiert werden. Am Ende des Finanzplanungszeitraums liegt der Primärsaldo wieder um ca. 607 Mio. DM über dem Ist des Jahres 1999. Die Inkaufnahme einer vorübergehenden Verschlechterung des Primärsaldos in der Anfangsphase der Steuerentlastung kann dabei bis zu einem gewissen Grade als Preis für die Stabilisierung der Konjunktorentwicklung gesehen werden, die in den Folgejahren wieder zu höheren Steuereinnahmen führt.

3.3 Tilgungsausgaben (Kreditmarkt)

In der Niedrigzinsphase der letzten Jahre sind im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements die Kreditlaufzeiten erheblich verlängert und damit die Laufzeitstruktur des Gesamtschuldenstandes verbessert worden. Trotz eines ansteigenden Schuldenstandes bewegen sich deshalb die Tilgungsfälligkeiten in den nächsten Jahren auf einem relativ niedrigen Niveau von ca. 3,3 Mrd. DM. Nachdem inzwischen die Kapitalmarktzinsen deut-

lich gestiegen sind und auch in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg gerechnet werden muss, ist es vertretbar, die Durchschnittslaufzeit der neu aufgenommenen Kredite in Abhängigkeit vom Zinsanstieg und dem weiteren Konjunkturverlauf wieder schrittweise zu verkürzen. Hierdurch und durch die weiter ansteigenden Schulden des Landes wird auch das Tilgungsvolumen ab dem Jahre 2003 wieder stärker zunehmen.

Im einzelnen entwickeln sich die Tilgungen wie folgt:

Haushaltsjahr		Tilgungen (Kreditmarkt)
		- in Mio. DM -
Soll	2000	3.430,2
Entwurf	2001	3.312,9
Planung	2002	3.323,6
Planung	2003	4.919,3
Planung	2004	4.577,3

4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke (ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich)

Für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an andere öffentliche Haushalte, an Private und sonstige Empfänger ist folgende Gesamtentwicklung angenommen worden:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2000	4.881,3	4,1
Haushaltsentwurf	2001	5.295,0	8,5
Planung	2002	5.292,5	-0,1
Planung	2003	5.375,7	1,6
Planung	2004	5.608,3	4,3

Der weit überwiegende Teil der Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke sind laufende Ausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes (Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe, Wohngeld und dgl.).

Im Planungszeitraum ist für die nichtinvestiven Zuwendungen an die Gemeinden folgende Entwicklung vorgesehen:

Mio. DM Zuwachs in v. H.

Haushalt	2000	3.409,1	4,1
Haushaltsentwurf	2001	3.392,2	-0,5
Planung	2002	3.470,3	2,3
Planung	2003	3.574,3	3,0
Planung	2004	3.728,0	4,3

Auch bei den übrigen nichtinvestiven Zuwendungen sind die Ausgaben zu einem großen Teil gesetzlich oder faktisch gebunden (z.B. Ausbildungsförderung, Zuweisungen an die Universitätskliniken, Zuschüsse an private Schulen, Finanzierungsanteile für Forschung, Leistungen an die Kirchen und die Landwirtschaftskammer, Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz). Im Haushalt 2001 werden erstmalig die Zuschüsse an die Haushalte der Hochschulen gem. § 21 Hochschulgesetz auf jeweils einen Zuschnusstitel der Hauptgruppe 6 (nichtinvestive Zuwendungen) und der Hauptgruppe 8 (investive Zuwendungen) veranschlagt.

Es sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio. DM</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2000	1.472,2	3,9
Haushaltsentwurf	2001	1.902,8	29,3
Planung	2002	1.822,2	-4,2
Planung	2003	1.801,4	-1,1
Planung	2004	1.880,3	4,4

5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Finanzplan weist ein Investitionsvolumen von 7,4 Mrd.DM aus. Im einzelnen ist folgende Entwicklung vorgesehen:

	Haushalt 2000	Haushalts- entwurf 2001	Planung 2002 - Mio. DM -	Planung 2003	Planung 2004
1) Hochbaumaßnahmen	184,3	171,7	169,3	130,7	103,8
2) Tiefbaumaßnahmen	126,3	115,3	110,6	102,2	99,8
3) Ausrüstungsinvestitionen	129,1	109,3	104,3	100,0	90,5
4) Erwerb von unbeweglichen Sachen und Beteiligungen	5,8	6,2	5,5	12,5	5,5
5) Summe (2 bis 4) = Sachinv. des Landes	261,2	230,8	220,4	214,7	195,8
6) Investitionsförderung					
- der Kommunen	615,9	639,6	642,7	650,1	660,4
- der Wirtschaft	444,4	471,0	471,4	436,0	411,3
- sonstige Investitionsförder- ung	9,3	8,2	8,3	7,1	7,1
7) Summe (1,5,6) = Gesamte Inv. des Landes	1.515,1	1.521,2	1.512,1	1.438,5	1.378,3

Ergänzend kommen die Investitionen von Stiftungen (Energienstiftung, Technologiestiftung) hinzu, die weitgehend aus Eigenmitteln finanziert werden, zu denen das Land durch Aufstockung der Stiftungsvermögen beigetragen hat. Erhebliche Investitionsmittel fließen auch aus Sondervermögen, z. B. für den Wohnungsbau.

Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Nettoausgaben - ohne Länderfinanzanzausgleich) wird von 10,3 % in 2000 auf 8,9 % in 2004 zurückgehen. Dies ist auch auf die Übertragung der Grundstücke des Landes auf die Investitionsbank und der damit verbundenen Finanzierung von Neubauvorhaben und kleinen Baumaßnahmen im Rahmen der Mietzahlungen zurückzuführen.

V. Kommunalen Finanzausgleich
=====

und Steuereinnahmen der Kommunen
=====

1. Kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich ist berechnet auf der Grundlage der mittelfristigen Steuerschätzung vom 16. bis 18. Mai 2000, der finanziellen Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes, des Steuer- und Euroglättungsgesetzes und der Senkung der Annuitäten für den Fonds „Deutsche Einheit“ sowie des geltenden Finanzausgleichsgesetzes und einer pauschalen Kürzung der Finanzausgleichsmasse um 100 Mio. DM p.a. sowie einer Aufstockung der Ausgleichsmasse 2001 um 29,5 Mio. DM für den in den Jahren 1999 und 2000 nur teilweise realisierten Abbau von Regulierungen und Standards.

Die Finanzausgleichsmasse 2001 enthält die Abrechnung für das Jahr 1999 und berücksichtigt darüber hinaus folgende Kürzungen bzw. Zuführungen zur Finanzausgleichsmasse:

- Pauschale Kürzung der Finanzausgleichsmasse	- 100,00 Mio DM
- Pauschale Aufstockung der Finanzausgleichsmasse für Regulierungen und Standards	+ 29,50 Mio DM
- Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens	+ 11,52 Mio DM
- Zuweisungen zur Förderung der Musikschulen	- 0,37 Mio DM
- Pauschalierte Mietkosten der Frauenhäuser (Landesanteil)	+ <u>0,39 Mio DM</u>
Summe	- 58,96 Mio DM

Danach stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2000 bis 2004 folgende Beträge zur Verfügung:

	- Mio DM -		- Mio DM -	Steigerung in	- v.H. -
2000	1.987,4	+	101,4	+	5,4
2001	1.916,1	-	71,3	-	3,6
2002	1.970,6	+	54,5	+	2,8
2003	2.043,9	+	73,3	+	3,7
2004	2.161,8	+	117,9	+	5,8

Daneben werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer mit 26 v.H. an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen beteiligt, die das Land im Zusammenhang mit der 1996 erfolgten Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (5,75 Umsatzsteuerpunkte) erhält, und zwar

2000 (einschl. Abrechnung 1998)	126,8 Mio DM
2001 (einschl. Abrechnung 1999)	129,9 Mio DM
2002	136,0 Mio DM
2003	141,0 Mio DM
2004	146,0 Mio DM

Die Finanzausgleichsmasse und ihre Entwicklung im Planungszeitraum ist in der **Anlage 6** dargestellt.

Auf der Grundlage des regionalisierten Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 2000 einschließlich der finanziellen Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes, des Steuer-Euroglättungsgesetzes und der Senkung der Annuitäten für den Fonds „Deutsche Einheit“ können die Gemeinden und Kreise in den kommenden Jahren mit folgenden Steuereinnahmen rechnen (ohne kommunale Bagatellsteuern):

	2000	2001	2002	2003	2004
	Mio DM				
Grundsteuer A	34	34	35	35	35
Grundsteuer B	509	527	545	562	580
Gewerbsteuer	1.367	1.378	1.524	1.552	1.622
Gemeindeanteil an der LSt und ESt					
Gemeindeanteil (einschl. Zinsabschlag)	1.558	1.614	1.587	1.716	1.842
Gemeindeanteil an der USt	145	149	155	161	167
Gewerbsteuerumlage (100%)	-180	-176	-193	-195	-203
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	-153	-161	-172	-174	-181
Zwischensumme	3.280	3.365	3.481	3.657	3.862
Finanzielle Auswirkungen des Steuersenkungs- und des Steuer-Euroglättungsgesetzes	-	- 150	+ 23	- 29	- 15
Mehreinnahmen aus der weiteren Tilgungsstreckung des Fonds „Deutsche Einheit“ (2001-2004)	-	12,0	13,0	13,0	-
Summe	3.280	3.227	3.517	3.641	3.847
in Mio DM		- 53	+ 290	+ 124	+ 206
in v.H.		- 1,6	+ 9,0	+ 3,5	+ 5,7
- Steuereinnahmen des Landes (einschl. LFA, BEZ)					
in Mio DM	11.031,5	10.739,6	11.343,4	11.782,9	12.446,5
Zuwachs in v. H.		- 2,6	+ 5,6	+ 3,9	+ 5,6
- Nettoausgaben des Landes					
in Mio DM	14.750,5	14.994,5	14.918,0	15.100,0	15.520,5
Zuwachs in v. H.		1,7*	-0,5	1,2	2,8
* ohne durchlaufende EU-Mittel: 0,9 %					

VI. Schwerpunkte überwiegend wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen

1. „ziel: Zukunft im eigenen Lande“

Das Programm „ziel“ steht auf drei Säulen:

1.1 „Regionalprogramm 2000“

Das Regionalprogramm 2000 soll an die Erfolge des auf Ende 1999 befristeten „Regionalprogramm für die strukturschwachen ländlichen Räume“ anknüpfen und in einer Partnerschaft mit den Regionen, den Wirtschafts- und Sozialpartnern und anderen Akteuren neue Impulse für die Entwicklung der strukturschwachen Regionen und damit des ganzen Landes auslösen. Das Regionalprogramm 2000 bildet ein gemeinsames Dach für das Ziel 2 - Förderung der Europäischen Union (EU) - aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Phasing-Out-Förderung der Europäischen Union aus dem EFRE für das bisherige Ziel 5 b-Fördergebiet, die Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) sowie eine ergänzende Landesförderung.

Das Fördergebiet entspricht der Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und umfasst die Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein, die Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck sowie die Insel Helgoland (Kreis Pinneberg) und die Gemeinde Büttel (Kreis Steinburg), verteilt auf die Förderregionen Flensburg/Schleswig, Westküste, K.E.R.N.-Region und Lübeck/Ostholstein.

Das vorrangige Ziel des Regionalprogramms 2000, die Unterstützung des Strukturwandels zur Schaffung zusätzlicher hochwertiger Arbeitsplätze, soll durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur durch Maßnahmen zur Stärkung des technologischen Potentials und der Innovationskraft der Unternehmen, durch Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und durch die Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen, insbesondere auch durch Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und durch Förderung von Projekten der Informationsgesellschaft, erreicht werden. Dabei sollen die Ziele eines nachhaltigen Wirtschaftens ebenso Berücksichtigung finden wie das Ziel einer Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Erwerbstätigkeit. Zum Förderspektrum gehört auch die Förderung produktiver Investitionen insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen

(betriebliche Förderung) im Ziel 2-Fördergebiet durch EFRE-Mittel. Das Programm erstreckt sich auf den Zeitraum 2000-2006 analog zu der Strukturfondsförderung der Europäischen Union.

Die Auswahl der zu fördernden Projekte wird auf der Grundlage der von den Regionen aufgestellten Prioritätenlisten im Rahmen eines Qualitätswettbewerbes vorgenommen. Fördervorrang haben „regionale Leitprojekte“. Die Projekte werden primär nach ihrem Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung bewertet.

In den Jahren 2000-2004 werden vorrangig zur Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel des EFRE nach dem Ziel 2 und der Phasing-Out-Förderung für das ehemalige Ziel 5 b-Fördergebiet zunächst 89,7 Mio. DM zur Verfügung gestellt, und zwar

	<u>Mio. DM</u>
2000	12,0
2001	20,0
2002	19,2
2003	19,0
2004	19,5

Von der EU werden im Berichtszeitraum Einnahmen in Höhe von 251 Mio DM erwartet.

1.2 „Programm Zukunft auf dem Land“

Das Programm „Zukunft auf dem Land“ zielt darauf ab, die endogenen Entwicklungspotentiale in ländlichen Räumen zu nutzen. In den rd. 1.000 kleineren Gemeinden, in denen ca. 40 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung wohnt, bieten sich vielfältige Standortangebote für eine dorfgemäße Entwicklung. Zugleich gilt es, die infrastrukturelle Grundausstattung zu sichern, den Naturhaushalt langfristig zu festigen und zu erhalten und dabei auch innovative Ansätze zur Erhaltung und zur Verbesserung der Grundversorgung unter Nutzung neuer Informationstechniken zu unterstützen. Besondere Priorität hat dabei die überörtliche Kooperation und die Auseinandersetzung mit den künftigen, integrierten Entwicklungsansätzen der Gemeinden. Die aktuelle Entwicklung in Schleswig-Holstein, aber auch in der ganzen EU belegt, dass unter den heutigen infrastrukturellen Bedingungen der ländliche Raum für viele Unternehmen ein attraktiver Standort ist. Diese Chancen muss gerade Schleswig-Holstein nutzen. Dabei ist die Erhaltung einer attraktiven Natur und Landschaft auch mit Hilfe der Agrarumweltprogramme von Bedeutung. Ein wichtiges Teilziel des Programmes wird es sein, die ständige Modernisierung

der Land- und Ernährungswirtschaft zu begleiten und damit deren vergleichsweise starke Position gegenüber der nationalen und internationalen Konkurrenz zu sichern.

Die Schwerpunktbereiche sind:

- ländliche und touristische Infrastruktur
- innovative, möglichst privatwirtschaftlich orientierte Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Grundversorgung und des Dienstleistungsangebotes, Nutzung neuer informationstechnischer Möglichkeiten im ländlichen Raum, Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Frauen
- Nutzung des Wirtschaftsstandortes ländlicher Raum
- Umnutzung von ehemals landwirtschaftlichen Gebäuden und Betriebsflächen für Handwerk, Tourismus und Forstwirtschaft, Dienstleistungen etc.
- Förderung innovativer Projekte im Bereich Handwerk und Tourismus
- Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe in landwirtschaftsnahe und außerlandwirtschaftliche Geschäftsfelder
- Förderung von Modernisierungsinvestitionen in der Landwirtschaft und für die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Sicherung der natürlichen Vielfalt und der Landschaft

Aussagen zum Mittelvolumen sind derzeit noch nicht möglich.

1.3 „ASH 2000“

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität für die Landesregierung. Deshalb wird die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut und fortgesetzt.

Durch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ (ASH I) (Laufzeit 1. April 1989 bis 31. Dezember 1991) sind mit rd. 222 Mio. DM einschließlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 31.400 Förderfälle erreicht worden. Das Programm ASH II schloss sich nahtlos an und lief bis zum 31. Dezember 1994. Mit diesem Programm wurden 24.500 Förderfälle mit einem Gesamtvolumen von 127 Mio. DM einschließlich ESF und Mittel aus der Ausgleichsabgabe für das Schwerbehindertenprogramm erreicht. Das Programm ASH III schloss sich wiederum an ASH II nahtlos ab 1. Januar 1995 an und lief wegen der längeren Planungszeiträume bei der Europäischen Union bis zum 31. Dezember 1999 mit zwei sich anschließenden Auslaufjahren. Am Ende werden mit voraussichtlich 314 Mio. DM Landes-, Ausgleichsabgabe- und ESF-Mitteln rd. 50.400 Förderfälle erreicht werden.

Ab 1. Januar 2000 wird sich EU-konform bis zum 31. Dezember 2006 im Rahmen des Programmes „Zukunftsinitiative Ziel“ als eine der drei Säulen „ASH 2000“ anschließen.

An Landesmitteln sind für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im mittelfristigen Zeitraum veranschlagt:

		<u>Mio. DM</u>
Haushalt	2000	37,5
Haushaltsentwurf	2001	34,0
Planung	2002	37,5
Planung	2003	37,5
Planung	2004	37,5

Diese Mittel sollen durch Mittel der Ausgleichsabgabe von jährlich 4 Mio. DM für das Schwerbehindertenprogramm und durch Mittel des Europäischen Sozialfonds ergänzt werden, so daß sich die Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch erhöhen. Die Anteile des ESF haben sich gegenüber früheren Jahren erheblich erhöht, weil das Land alle nur denkbaren Möglichkeiten der Kofinanzierung des Arbeitsmarktprogramms der Landesregierung durch den ESF gesichert hat. Zu den Landesmitteln kommen jährlich rd. 24,7 Mio DM ESF-Mittel aus den neuen Zielen 2 und 3 hinzu. Wegen der neu in der EU geltenden Beschäftigungspolitik müssen die Förderkonditionen noch mehr als bisher auf die Voraussetzungen der Förderung durch die Europäische Union abgestellt werden. Im Ansatz für das Jahr 2001 sind auch Mittel für das Arbeitsmarktprogramm ASH III enthalten, das bis 1999 lief (Ausfinanzierung).

Mit der gleichen Zielrichtung wie bei „ziel“ hat die Landesregierung zusätzlich das Programm „Arbeit, Bildung und Innovation“ aufgelegt.

1.4 „Arbeit, Bildung, Innovation“

Das Zukunftsprogramm „Arbeit, Bildung, Innovation“ ist im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 1999 am 21.12.1998 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen worden. Es sollen zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von rd. 130 Mio. DM, davon 100 Mio. DM Landesmittel, für Projekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Förderung von neuen Technologien bereitgestellt werden. Die Laufzeit des Programms wurde auf 3 Jahre bis 2001 festgesetzt. Zielsetzung dieses Programms unter der Federführung des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr ist die Stärkung der Innovationstätigkeit und die weitere Verbesserung der Infrastruktur für die Aus- und Weiterbildung. Das Pro-

gramm ist ein Beitrag des Landes für ein Bündnis „Arbeit für Schleswig-Holstein“. Die Mittel werden abwicklungsbedingt bis 2002 wie folgt bereitgestellt:

Haushalt 1999	42,40 Mio. DM
Haushalt 2000	52,15 Mio. DM
Planung 2001	32,05 Mio. DM
Planung 2002	2,25 Mio. DM

2. Förderung der Bildung

Die Landesregierung hat beschlossen, im Zeitraum 2000 bis 2005 insgesamt 1200 neue Lehrerstellen zur Qualitätssicherung für die Schulen zu schaffen. Um auch weiterhin jede freiwerdende Lehrerstelle wieder besetzen zu können sieht die MFP die Steigerung der Lehrpersonalkosten von 1.996.844,2 TDM im Jahr 2000 auf 2.048.939,0 TDM im Jahr 2004 vor. Dabei ist berücksichtigt, dass bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen Neueinstellungen in einem Beamtenverhältnis erfolgen und die unbefristet beschäftigten Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis verbeamtet werden. Die Einsparungen durch die Verbeamtung belaufen sich auf 57 Mio. DM im Haushalt 2001, auf 66 Mio. DM im Haushalt 2002, auf 65 Mio. DM im Haushalt 2003 und auf 66 Mio. DM im Haushalt 2004. Die Einsparungen dienen der Reduzierung der Neuverschuldung.

Neben den neuen Lehrerstellen sind im Haushalt 2001 weitere 100 neue Stellen für Lehramtsanwärter und Studienreferendare für den notwendigen Nachwuchsbedarf im Zusammenhang mit den vorhersehbaren hohen Pensionierungszahlen vorgesehen. Zudem sind 275 kw-Vermerke auf die Jahre 2004 und 2005 hinausgeschoben worden.

3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kap. 0603)

Es sind vorgesehen:

- verstärkte Förderung für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen des „Regionalprogramms 2000“
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben mit dem Schwerpunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze

Ab 2000 sind folgende Beträge vorgesehen (Bundes- und Landesmittel jeweils 50 v.H.):

2000	=	51,31 Mio. DM
2001	=	65,59 Mio. DM
2002	=	59,53 Mio. DM
2003	=	56,29 Mio. DM
2004	=	56,29 Mio. DM.

Eine Verstärkung/Vernetzung mit dem EU-Strukturfonds „EFRE Ziel 2“ ist vorgesehen.

4. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 0803)

Der Rahmenplan 2000 für die Gemeinschaftsaufgabe weist Ausgaben in Höhe von 159,8 Mio. DM aus. Aufgrund der beschlossenen Reduzierung von Förderprogrammen sind für die Jahre 2001 bis 2004 jährlich rd. 140,0 Mio. DM vorgesehen.

4.1 Verbesserung der Agrarstruktur

Für diesen Teil der Gemeinschaftsaufgabe beträgt das Programmvolumen im Planungszeitraum 402,3 Mio. DM.

4.2 Verbesserung des Küstenschutzes

Für den finanziellen Schwerpunkt Küstenschutzmaßnahmen sind im Planungszeitraum 310,5 Mio. DM für die Durchführung der Programme vorgesehen. Von dem Gesamtbeitrag entfallen rd. 60 v.H. auf investive Maßnahmen im unmittelbaren Deichbereich. Die übrigen Mittel werden zur Sicherung des Vorlandes vor den Deichen eingesetzt, die als Ergänzung zu den Deichbaumaßnahmen unbedingt notwendig sind.

4.3 Forstwirtschaftliche Maßnahmen

Innerhalb des Finanzplanungszeitraumes sind 31,1 Mio DM für forstwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen wie: Erstaufforstungen, Erstaufforstungsprämie, Maßnahmen zur Umstellung auf naturnahe Waldwirtschaft, Überführung von Reinbeständen in standortgerechte Mischbestände, Vor- und Umbauten, waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen, Erstinvestitionen in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen und für Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden vorgesehen.

5. Energieeinsparung

Für energiewirtschaftliche Maßnahmen sind im Planungszeitraum ca. 9,3 Mio DM vorgesehen. Hiermit sollen insbesondere die vom Land aufgelegten Förderprogramme finanziert werden. Schwerpunkte sind die Förderung der rationellen Energieumwandlung und -verwendung sowie die Stromeinsparung. Daneben werden Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere Biomasse, gefördert.

6. Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume

Zur Überwindung der Strukturschwäche in den Regionen Westküste und Landesteil Schleswig führt das Land seit 1989 **Regionalprogramme** durch. Das Fördergebiet umfasst die Regionen Westküste, Landesteil Schleswig, den Kreis Rendsburg/Eckernförde mit seinem Ziel 5 b - Fördergebiet und die strukturschwachen Teile der Kreise Plön und Ostholstein.

Das Regionalprogramm verfolgt als Programmziel die Verbesserung der regionalen Standortfaktoren, die Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels und die Erschließung neuer Beschäftigungspotenziale (insbesondere für Frauen) unter Berücksichtigung der ökologischen Funktion des ländlichen Raums. Schwerpunkt der Förderung ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Laufzeit des Programms ist begrenzt bis Ende 1999. Für die Abwicklung des Programms werden auch in den Jahren 2000 und 2001 Mittel bereitgestellt.

In den Jahren 2000 bis 2001 ist ein Programmvolumen von insgesamt 16,1 Mio DM vorgesehen: davon 6,6 Mio DM in 2000 und 9,5 Mio DM in 2001.

7. Landesinitiative Informationsgesellschaft

Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Wirtschaft und Gesellschaft ist ein bedeutender Wettbewerbsfaktor für die Wirtschaft und den Standort Schleswig-Holstein insgesamt. Die Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein fördert Leitprojekte der IKT-Anwendung und der Vernetzung per Internet in allen wichtigen Lebensbereichen. Für diese Landesinitiative sind im Zeitraum 2000 bis 2002 insgesamt 6,0 Mio DM eingeplant, davon werden 3,0 Mio DM in 2000, 2,7 Mio DM in 2001 und 0,3 Mio DM in 2002 zur Verfügung gestellt.

8. EXPO 2000

Schleswig-Holstein beteiligt sich mit Beiträgen im eigenen Land und in Hannover an der Weltausstellung EXPO 2000. Die Weltausstellung im Jahre 2000 zeigt unter dem Motto „Mensch, Natur und Technik“ Lösungsmöglichkeiten für globale und regionale Problemstellungen. Mit innovativen Projekten nutzt Schleswig-Holstein die EXPO 2000, um sich mit eigenem, unverwechselbarem Profil im stärker werdenden Wettbewerb der Regionen zu positionieren.

Für die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der EXPO 2000 und den damit zusammenhängenden Landesaktivitäten ist seit 1997 ein Landeszuschuss von 4,2 Mio. DM eingeplant. Dieser Betrag soll um weitere 4 Mio. DM durch Sponsorenleistungen und Mittel der Investitionsbank aufgestockt werden.

9. Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen (außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“)

Die gewerbliche Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist in überdurchschnittlichem Maße mittelständisch strukturiert. Die angespannte Haushaltslage sowie der wachsende Standortwettbewerb unter den Wirtschaftsregionen Europas erfordern eine Steigerung der Effizienz der Wirtschaftsförderung und den Abbau von Subventionen. Dieses Ziel soll schwerpunktmäßig durch eine Rückführung der direkten einzelbetrieblichen Förderung zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung erreicht werden. Dabei kommt der Technologie-Infrastruktur eine verstärkte Bedeutung zu.

9.1 Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften

Zum Ausgleich der durch die Subventionspraxis anderer Staaten hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen werden deutschen Werften für den Bau technologisch hochwertiger Schiffe im Rahmen von Bund-/Länderprogrammen Wettbewerbshilfen gewährt. Vor dem Hintergrund, dass das OECD-Abkommen über die Wiederherstellung normaler Wettbewerbsverhältnisse durch die USA noch nicht ratifiziert ist, hat die EU-Kommission die 8. Schiffbaurichtlinie bis Ende 2000 verlängert. Der EU-Ministerrat hat den Verordnungsentwurf über die Neuregelung der Beihilfen im Schiffbau am 7.5.98 genehmigt. Danach wird es noch bis Ende 2000 möglich sein, weitere Betriebsbeihilfen zu gewähren. Trotz der angespannten Haushaltssituation beteiligt sich das Land wesentlich auch an der 7. und 8. Programmfortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms. Insgesamt sind für den Planungszeitraum Landesmittel in Höhe von 141,9 Mio. DM vorgesehen, die ab 2001 zur Abwicklung der bis zum 31.12.2000 eingegangenen Verpflichtungen dienen.

9.2 Berufliche Aufstiegsfortbildung

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

Für Schuldendiensthilfen und Zuwendungen sind insgesamt 23,4 Mio. DM eingeplant. Davon werden vom Bund 16,6 Mio. DM erstattet.

9.3 Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Beschäftigten sind wichtige Standortvorteile. Schwerpunktmäßig sind Mittel für die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die träger- und einrichtungsübergreifenden Weiterbildungsaufgaben (Weiterbildungsinfrastruktur), die Förderung der Ausbildungsbereitschaft im dualen System und benachteiligter Jugendlicher sowie für die Investitionsförderung von Berufsbildungsstätten vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 47,1 Mio. DM eingeplant.

Die Förderung erfolgt ab dem Jahr 2000 teilweise im Rahmen des Programms „ASH 2000“.

9.4 Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH

Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) sind zu 51 % das Land Schleswig-Holstein und zu 49 % die drei Industrie- und Handelskammern in Flensburg, Kiel und Lübeck. Aufgrund des besonders großen Landesinteresses wird die WSH finanziell zu 95 % vom Land Schleswig-Holstein getragen. Zum Aufgabengebiet gehören neben der Akquisition von Unternehmensansiedlungen insbesondere auch die Organisation und Durchführung von Firmengemeinschaftsständen auf internationalen Messen und Ausstellungen, die Durchführung von Außenwirtschaftsveranstaltungen sowie die Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen. Für den Planungszeitraum sind Landesmittel in Höhe von 19,8 Mio. DM vorgesehen.

9.5 Außenwirtschaftsförderung

Für die Jahre 2000 bis 2004 sind für Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten insgesamt rd. 4,2 Mio. DM eingeplant.

9.6 Verbesserung der Innovationskraft der Wirtschaft

Im Schwerpunktbereich Technologiepolitik wurden die unterschiedlichen Felder der Technologieförderung zusammengefasst und neu strukturiert (siehe auch Beitrag zu Ziffer 9.7). Dabei wurde auch das Programm „Innovation schafft Arbeit“ einbezogen.

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erfordert einen ständigen Innovationsprozess in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Dazu bedarf es insbesondere einer stärker auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichteten Arbeit der Forschungseinrichtungen und einer beschleunigten Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Weiterhin zwingt der zunehmende weltweite Wettbewerbsdruck die Unternehmen dazu, ständig neues wissenschaftlich-technisches Wissen zu gewinnen und in immer kürzerer Zeit in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Das ist jedoch mit erheblichen technischen und damit auch finanziellen Risiken verbunden. Viele kleine und mittlere Unternehmen können diese kostenintensive Forschung und Entwicklung gar nicht oder nur zeitverzögert finanzieren. Daher ist in Einzelfällen die Gewährung öffentlicher Zuschüsse geboten.

Für die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Technologietransfer stehen im Planungszeitraum insgesamt rd. 77,0 Mio. DM zur Verfügung.

9.7 Informationswirtschaft und Multimedia

Die Anwendung multimedialer Techniken ist insbesondere bei den KMU noch nicht hinreichend eingeführt und verbreitet. Ein Ziel der Förderung ist es daher, den Nutzen der neuen Medien pilothaft zu demonstrieren, ihre breitere Anwendung zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu verbessern, z. B. durch die Förderung virtueller Unternehmen.

Der Verbreitung des elektronischen Geschäftsverkehrs in KMU dient das Förderprogramm „Electronic Business“

Eingeplant sind für 2000 bis 2004 insgesamt 7,5 Mio. DM

9.8 Wagniskapitalprogramm

Das Programm zur Übernahme von Wagniskapitalbeteiligungen und zur Gewährung von Beratungskostenzuschüssen für Beteiligungsnehmerinnen und Beteiligungsnehmer wird seit 1997 aus dem Landeshaushalt finanziert. Im Planungszeitraum sind Mittel von insgesamt rd. 18,8 Mio. DM vorgesehen.

9.9 Existenzgründerinnenprogramm

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und der Anpassungsdruck aus einem wirtschaftlich-technischen Strukturwandel, der globalen Einflüssen unterliegt, hat weitreichende negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Zahl der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund ist gerade das Nachwachsen junger Unternehmen, also die Gründung neuer selbständiger Existenzen, eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Um den besonderen Anforderungen von Existenzgründerinnen gerecht zu werden, sind im Planungszeitraum zur Abfederung von Ausfallrisiken aus Darlehenszusagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein und für Verwaltungskosten Mittel von rd. 3,0 Mio. DM eingeplant. Für 2001 kann die Investitionsbank damit ein Darlehensvolumen von bis zu 3,5 Mio. DM auslegen. Das Programm wird mit bestehenden Bundesprogrammen und Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der Deutschen Ausgleichsbank verzahnt.

10. Verkehrsbereich

10.1 Landesstraßen- und -radwegebau

Für den Landesstraßenbau (einschließlich Deckenerneuerung) sind in den Jahren 2000 bis 2004 insgesamt rd. 287 Mio. DM veranschlagt bzw. eingeplant, und zwar

80 Mio. DM	für die Deckenerneuerung,
rd. 207 Mio. DM	für den Um- und Ausbau einschließlich Grunderwerb.

Die Mittel für Planung und Bauvorbereitung dienen u.a. zur Bindung von Bundesmitteln und sind in Höhe von rd. 109 Mio. DM eingeplant.

Im Rahmen der gemeinsamen Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind für kleinere Investitionsmaßnahmen sowie für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, Maschinen und Geräten für den Finanzplanungszeitraum insgesamt rd. 33 Mio. DM und beim Direktaufwand für Landes- und Kreisstraßen rd. 49 Mio. DM vorgesehen.

10.2 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für ÖPNV und kommunalen Straßenbau

Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen aus dem Mineralölsteueraufkommen. Grundlage ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG -.

Für den Planungszeitraum sind rd. 425 Mio. DM vorgesehen.

10.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Nach Art. 106a Grundgesetz i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz steht den Ländern ab 1. Januar 1996 ein Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Entsprechende Bundeszuweisungen sind in Höhe von 1.727 Mio. DM eingeplant.

Die Einnahmen werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr benötigt. Die übrige Verwendung der Regionalisierungsmittel wird durch § 6 des ÖPNV-Gesetzes bestimmt. U.a. erhalten die kommunalen Aufgabenträger jeweils eine jährliche Pauschale in Höhe von 150.000 DM. Ein Teil wird für länderverbindende Verkehrsleistungen im Ham-

burger Verkehrsraum eingesetzt sowie für Nahverkehrsleistungen der Eisenbahn - AG AKN und der Verkehrsgesellschaft Norderstedt, im übrigen für Förderungen von ÖPNV-Investitionen, vorrangig von solchen Maßnahmen, die GVFG-förderfähig sind. Daneben werden aus diesen Einnahmen auch Zuschüsse zur Verbesserung des ÖPNV in Verbindung mit Schnittstellen des SPNV gewährt, insbesondere für

- die Kooperation von Verkehrsunternehmen zur Verbesserung des ÖPNV durch Verkehrs- und Tarifgemeinschaften, auch im Umland von Großstädten,
- die Einrichtung neuer sowie die Erweiterung oder Verdichtung bestehender Linien,
- Modellvorhaben zur Erprobung alternativer Bedienungskonzepte.

10.4 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Das Land ist verpflichtet, bei Änderungen an Kreuzungen und Schienenwegen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, ein Kostendrittel zu übernehmen. Für den Planungszeitraum ist für den Güterverkehrsbereich ein Betrag von 2,4 Mio. DM vorgesehen. Mittel für den SPNV-Bereich werden im Rahmen der Regionalisierung zur Verfügung gestellt.

10.5 Landeseigene Häfen

Für Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie für den Erwerb von Fahrzeugen und Geräten sind für den Planungszeitraum rd. 28,0 Mio. DM vorgesehen. Davon entfallen auf die Sanierung der Spundwände und der Oberflächenentwässerung im Hafen Tönning 2,4 Mio. DM, auf die Grundinstandsetzung der Ufermauern im Husumer Binnenhafen 1,8 Mio. DM, auf die Sanierung der Spundwand auf der Südseite des Husumer Außenhafens 1,7 Mio. DM sowie auf die Grundinstandsetzung der Ufermauern und Kaianlagen im Außenhafen Glückstadt 12,4 Mio. DM.

11. Innere Sicherheit und Justiz

11.1 Polizei

Für die innere Sicherheit werden von 2000 bis 2004 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei rd.

3,3 Mrd. DM ausgegeben werden. Hiervon entfallen auf Personalausgaben rd. 2,7 Mrd.

DM. Für Ersatzbeschaffung und Ergänzung der Ausrüstung sind im Planungszeitraum rd. 100,5 Mio. DM vorgesehen. Darin enthalten sind rd. 29,1 Mio. DM für die Anschaffung neuer Polizeidienstfahrzeuge. 220 Nachwuchskräfte sollen 2001 in den Polizeidienst eingestellt werden. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist auch weiterhin die Modernisierung der

Polizei mit der landesweiten Einführung „Compas“ (computergestütztes polizeiliches Arbeitsplatzsystem) und INPOL-neu.

11.2 Justiz

Die Modernisierung der Justiz wird konsequent fortgesetzt. Die Arbeitsabläufe der schleswig-holsteinischen Justiz werden durch IT-Technik rationeller gestaltet:

- MEGA

Das Gesamtinvestitionsvolumen der Erstausrüstung für die rd. 1.830 Büroarbeitsplätze der 27 Amtsgerichte werden einschließlich Schulungs- und Personalkosten etwa 50 Mio. DM in den Jahren 1996 bis 2001 betragen.

Im Haushalt 2001 sollen Investitionsausgaben i.H.v. rd. 6,4 Mio. DM für die EDV-Ausrüstung der Amtsgerichte zur Verfügung gestellt werden. Davon entfallen rd. 3,2 Mio DM auf die Erstausrüstung sowie rd. 3,2 Mio DM auf Ersatzbeschaffungen. Für die Beratung und Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden 0,5 Mio. DM benötigt und mit weiteren 0,6 Mio. DM sollen die Anwenderinnen und Anwender geschult und fortgebildet werden. Insgesamt werden für die investiven und die laufenden Kosten der MG 05 7,9 Mio. DM für das Projekt aufgewendet und innerhalb des gesamten Planungszeitraums 28,5 Mio. DM.

- Grundbuchautomation

In den Grundbuchämtern des Landes soll ein elektronisches Grundbuch eingeführt werden.

Es ist vorgesehen, die Grundbuchautomation in den Jahren 2000 bis 2006 vorzunehmen.

In 2001 sind innerhalb der MG 05 für die Grundbuchautomation rd. 1,6 Mio. DM und innerhalb des gesamten Planungszeitraumes rd. 14,9 Mio. DM für investive und laufende Kosten veranschlagt.

- Modernisierung des Justizvollzuges durch Erweiterung des Landesbetriebes „Vollzugliches Arbeitswesen“

Im Rahmen der Bemühungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Gesamtwertes des vollzuglichen Arbeitswesens im Resozialisierungsprozess ist seit dem Jahr 2000 die Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalt Kiel in der Rechtsform eines Landesbetriebes nach § 26 LHO organisiert. Im Jahr 2001 soll dieser Landesbetrieb auf die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten Neumünster und Lübeck ausgedehnt werden.

Durch die Herausnahme aus der kameralistischen Haushaltsführung und der Organisation der Arbeitsbetriebe nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sollen die Beschäftigung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten erhöht, die Betriebskosten gesenkt und die Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben gesteigert werden.

Gemäß §26 LHO wird jährlich ein Wirtschaftsplan aufgestellt und dem Haushaltsplan als Anlage beigefügt. Im Haushaltsplan ist der Landesbetrieb nur noch netto mit seinen Zuführungen und Ablieferungen veranschlagt. Die Erweiterung des Landesbetriebes ist haushaltsneutral. Im Planungszeitraum ist bereits aufgrund der erwarteten verbesserten Wirtschaftlichkeit eine Verbesserung des Zuschussbedarfes vorgesehen.

12. Agrarhaushalt

- Zur Stärkung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Beratungsringe sollen insgesamt 12,5 Mio. DM bereitgestellt werden, um damit indirekt die wirtschaftliche Situation der von den Ringen betreuten Betriebe zu verbessern.

- Für die Förderung der Seefischerei und ihrer Vermarktungseinrichtungen, der Binnenfischerei, der Aquakultur sowie der Umstrukturierung des Fischereisektors sind im Planungszeitraum 11,5 Mio. DM vorgesehen.
Darüber hinaus werden Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur in Höhe von insgesamt 38,8 Mio. DM erwartet.

- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrswirtschaft vor allem durch Werbemaßnahmen Dritter sind insgesamt 23,7 Mio. DM eingeplant.

13. Umwelt, Natur und Forsten

- Die für die Einleitung von Abwasser in ein Gewässer erhobenen Abgaben sind zweckgebunden zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte zu verwenden. Im Planungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 180,0 Mio DM erwartet. Für die Abwasserbeseitigung werden darüber hinaus Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt.

- Für Erhaltung und Ergänzung des staatlichen Waldbesitzes stehen insgesamt rd. 27,5 Mio. DM zur Verfügung.

- Für waldbauliche Fördermaßnahmen sind rd. 12,3 Mio. DM vorgesehen. Hinzu kommen weitere Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.
- Im Finanzplanungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 130,0 Mio DM aus der Grundwasserentnahmeabgabe erwartet, die für Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes, der Grundwasserbewirtschaftung und der Wasserversorgung zweckgebunden einzusetzen sind.
- Ab 2001 wird eine Abgabe für die Entnahme von Oberflächenwasser aus Binnengewässern erhoben.
Für den Finanzplanungszeitraum bis einschl. 2004 wird mit einem Aufkommen von 232,0 Mio DM gerechnet, das zu 50 % für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden soll.
- Für den biologischen Flächenschutz und den Artenschutz einschließlich des Vertragsnaturschutzes im Agrarbereich sollen insgesamt rd. 116,4 Mio DM bereitgestellt werden.
- Für die Förderung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen auf den Gebieten des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes sind im Finanzplanungszeitraum Ausgaben in Höhe von 14,6 Mio DM vorgesehen.
- Rd. 55,4 Mio DM sind für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen etatisiert. Aufgrund eines 1995 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommens mit dem Bund und den Küstenländern erstatten die übrigen Küstenländer dem Land Schleswig-Holstein im Finanzplanungszeitraum rd. 34,4 Mio DM.

14. Frauenpolitische Maßnahmen

Für frauenpolitische Maßnahmen sind insgesamt Mittel mit 25,2 Mio. DM eingeplant. Der Schwerpunkt der Förderung liegt in folgenden Bereichen:

- Eigenständige Existenzsicherung von Frauen
Um die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ihrer Region zu erhöhen, insbesondere aber, um Berufsrückkehrerinnen nach der Familienphase bei der Wiedereingliederung eine Hilfestellung zu geben, werden die zwölf Beratungsstellen „Frau & Beruf“ sowohl vom Land als auch von der Europäischen Union unterstützt.
- Frauen in der Informationsgesellschaft
Die Berufe der Informations- und Kommunikationstechnologie bieten gerade auch für Frauen neue berufliche Perspektiven. Um das Potential von Frauen für diesen Bereich stärker zu erschließen, werden im Rahmen der Offensive „Frauen in der Informationsgesellschaft“ verschiedene Projekte und Aktionen gefördert, mit dem Ziel, den Anteil von jungen Frauen in den neuen Ausbildungsberufen zu erhöhen. Sie soll ferner dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Frauen am Arbeitsmarkt zu steigern sowie die Anzahl von Internetnutzerinnen erhöhen.
- Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
Die Beratungsstellen und Notrufgruppen bilden die Basis einer flächendeckenden Versorgung: Sie unterstützen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, und wirken mit bei der Gewaltprävention. Neben diesen unverzichtbaren Unterstützungsleistungen treten Modellprojekte, in denen eine tragfähige Zusammenarbeit der einzelnen Berufszweige, die mit Gewaltopfern und -tätern arbeiten (Polizei, Justiz, Frauen- und Männerberatung), entwickelt wird - sowohl im lange vernachlässigten Bereich der häuslichen Gewalt als auch für den Frauenhandel und die Zwangsprostitution.
- Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten, in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes
Die rund 1.600 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die in den Kommunen, den Hochschulen und den Landesbehörden tätig sind, sind das Fundament einer erfolgreichen Frauenpolitik. Ihre Tätigkeit wird umso effektiver sein, je mehr sie sich weiter untereinander vernetzen. Deshalb wird die Koordinierungsstelle für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte mit dem Ziel fortgeführt, eine dauerhafte Struktur der engen Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Darüber hinaus bereitet ein Fortbildungsan-

gebot die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf ihre Aufgaben vor und trägt dazu bei, dass sie ihr Wissen laufend aktualisieren können.

15. Förderung des Wohnungsbaues

Der Wohnungsmarkt zeigt Entspannungstendenzen. Diese treffen nicht für alle Marktsegmente gleichermaßen zu. Mit Blick auf die steigende Zahl von Haushalten mit geringem Einkommen besteht weiterhin Bedarf an Sozialwohnungen. Dies hängt auch damit zusammen, daß in den kommenden Jahren bei einer Reihe von Wohnungen die Sozialbindung entfällt.

In den letzten Jahren wurde der Wohnungsbau in Schleswig-Holstein auf hohem Niveau gefördert. Das Kreditvolumen zur Finanzierung des Wohnungsbauprogramms 2000 beträgt rd. 140 Mio. DM. Zur Finanzierung dieser Kreditaufnahme bedarf es in den folgenden Jahren eines Zinszuschusses aus dem Landeshaushalt.

Ab 2000 wird zwar nicht das Niveau der vergangenen Jahre erreicht, aber immer noch ein entscheidender Beitrag zur Verstetigung des sozialen Wohnungsbaus geleistet. Im Eigentumsbereich zielt die Förderung auf Haushalte ab, die an der Schwelle zum selbstgenutzten Eigentum stehen. Beim Mietwohnungsbau stehen neben den einkommensschwachen Haushalten die kinderreichen Familien, Alleinerziehende und Schwerbehinderte im Vordergrund. Neben dem Neubau sind aber auch die Modernisierung im Bestand, der Erwerb oder die Verlängerung von Belegungsbindungen Schwerpunkte des Landeswohnungsbauprogrammes.

16. Städtebauförderung

- Das **Bund-Länder-Programm** zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Gemeinden wird mit einem jährlichen Programmvolumen in Höhe von z.Zt. 11,592 Mio. DM fortgesetzt. Bund, Land und Kommunen sind jeweils mit einem Drittel (3,864 Mio. DM) an der Finanzierung beteiligt. Zusätzlich stehen im **Landesprogramm Städtebauförderung 1998 - 2002** Landesmittel für die Jahre 2000 bis 2002 in Höhe von insgesamt 15,0 Mio. DM zur Verfügung. Diese Mittel werden komplementiert durch kommunale Mittel in Höhe von insgesamt 7,5 Mio. DM.
- Die Landesregierung hat die durch die Ministerkonferenz der ARGEBAU am 26.11.1996 beschlossene **Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt** für Schleswig-Holstein aufgegriffen. Das Land beteiligt sich am Bundesprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ (Ergänzung zum Bund-

Länder-Programm Städtebauförderung).

Der Bund stellt den Ländern für das Programm Soziale Stadt im Programmjahr 2000 Finanzhilfen in Höhe von 100 Mio. DM zur Verfügung. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein rd. 3,2 Mio. DM. Land und Kommunen komplementieren diese Mittel jeweils in gleicher Höhe.

Im Berichtszeitraum sind Landesmittel in Höhe von rd. 8,7 Mio. DM vorgesehen.

Mit dem Programm sollen bauliche und städtebauliche Investitionen zum Abbau sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Defizite in sozialen Problemgebieten gefördert werden. Auf der Grundlage von vor Ort entwickelten integrierten Handlungskonzepten sollen auf Stadtteil- bzw. Quartiersebene möglichst viele Handlungsstränge, Aktivitäten und Ressourcen gebündelt und das eigenverantwortliche Handeln auf der lokalen Ebene nachhaltig gefördert werden. Ziel dieser neuen Städtebauförderungsmaßnahmen soll es sein, im Zusammenhang mit und in Ergänzung zu baulichen und städtebaulichen Maßnahmen Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu intensivieren sowie soziale, kulturelle und freizeitbezogene Aktivitäten zu initiieren.

17. Baumaßnahmen im Hochschulbereich (Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“)

Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts sind Ausgabeansätze einschließlich des Leasinganteiles der Universitätsbibliothek von 116,1 Mio. DM (2000), 120,0 Mio. DM (2001), 120,0 Mio. DM (2002), 77,7 Mio. DM (2003) und 75,1 Mio. DM (2004) vorgesehen. Mit diesem Konzept sind Grundlagen für die Finanzplanung und die Bauplanungen im Hochschulbereich geschaffen.

Im Rahmen des neuen Plafonds der GA werden die laufenden Bauvorhaben fortgesetzt und dringend benötigte Neubauvorhaben in wirtschaftlichen Zeiträumen ausfinanziert werden können.

Als Beispiele größerer, laufender und neuer Vorhaben in 2000 sind zu nennen:

- Neubau des Hörsaalgebäudes 2. BA der FH Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 20,3 Mio. DM)
- Lokales Netzwerk der CAU Kiel
(Gesamtkosten 9,0 Mio. DM)
- Umbau der Psychiatrie an der MUL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 10,0 Mio. DM)

- Neubau der Medizininformatik und Medizintechnik an der MUL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 39,0 Mio. DM)
- Errichtung von zwei Linksherzkathetermessplätzen an der MUL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 7,9 Mio. DM)
- Neubau Mensa Audimax Universität und FH Flensburg
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 29,2 Mio. DM)
- Neubau der Universität Flensburg
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 51,5 Mio. DM)
- II Med.Klinik im Städtischen Krankenhaus Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 14,4 Mio. DM)
- Erweiterung der Kinderklinik der CAU Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 15,7 Mio. DM)
- Neubau 2. BA FHW in Heide, Bibliothek und Mensa
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 13,3 Mio. DM)
- Umbau Halle 134 FB Elektrotechnik der FH Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 8,7 Mio. DM)

Für 2001 ist beispielhaft der Neubau eines Neurozentrums auf dem Zentralgelände des Klinikums der CAU Kiel (Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 74,1 Mio. DM) zu nennen.

18. Gesundheitswesen

18.1 Krankenhausfinanzierung

Für Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind für den Zeitraum 2000 bis 2004 folgende Ausgaben eingeplant:

		<u>Mio. DM</u>
Haushalt	2000	169,2
Haushaltsentwurf	2001	150,7
Planung	2002	177,9
Planung	2003	177,9
Planung	2004	183,1

Zusammen sind dies rd.858,7 Mio. DM, die vom Land in Höhe von 477,2 Mio. DM und von den Kommunen in Höhe von 381,5 Mio. DM aufgebracht werden. Der vom Land zu

zahlende sog. „Vorwegbetrag“ ist auf 15,75 Mio. DM pro Jahr festgesetzt.

Von dem Gesamtbetrag von 858,7 Mio. DM entfallen 416,8 Mio. DM auf die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Für die Finanzierung von Neu-, Um- und Ersatzbaumaßnahmen sind 441,9 Mio. DM vorgesehen.

18.2 Fachkliniken des Landes

Für die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Fachkliniken des Landes werden im Finanzplanungszeitraum 2000 - 2004 neben den im Kapitel 1011 veranschlagten Landesmitteln von 7,5 Mio. DM im Kapitel 1005 (MG 01 - Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur) 23,1 Mio. DM, insgesamt damit 30,6 Mio. DM, bereitgestellt. Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Akut- (Krankenhaus-) Bereiche aus dem Kapitel 1013 erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Krankenhausfinanzierung.

Für die Durchführung des Maßregelvollzuges in den Fachkliniken Neustadt und Schleswig werden im Finanzplanungszeitraum 2000 - 2004 insgesamt 161,8 Mio DM bereitgestellt.

18.3 Übriges Gesundheitswesen

Es sollen bereitgestellt werden

- insgesamt 19,6 Mio. DM in den Jahren 2000 bis 2004 für die dezentrale psychiatrische Versorgung,
- insgesamt 32,2 Mio. DM in den Jahren 2000 bis 2004 für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs einschließlich Drogenhilfeplan,
- insgesamt 13,3 Mio. DM in den Jahren 2000 bis 2004 für die Bekämpfung von Volkskrankheiten (überwiegend für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS),
- insgesamt 10,9 Mio. DM in den Jahren 2000 bis 2004 für die Unterhaltung des Krebsregisters.

19. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich

19.1 Sozialhilfe

Die Ansätze für die Sozialhilfe im Finanzplanungszeitraum berücksichtigen das seit 1991 bestehende sogenannte „quotale System“. Dieses sieht vor, daß die gesamten Sozialhilfekosten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gemeinsam von den Kommunen und dem Land getragen werden. Der Anteil der Kommunen wurde auf 61 v.H. und der des Landes auf 39 v.H. festgesetzt. Für die Jahre 2000 bis 2004 sind insgesamt Landesmittel i.H.v. 4.148,1 Mio. DM eingeplant. Bei den Ansätzen ist berücksichtigt worden, dass die zur Senkung der Sozialhilfekosten ergriffenen Maßnahmen - insbesondere bei der Hilfe zur Arbeit und durch Benchmarking - Wirkung zeigen.

19.2 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Die investive Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Kindertagesstättengesetz läuft aus. Die veranschlagten Zinszuschussleistungen dienen der Abwicklung der restlichen Anträge und der Ausfinanzierung der gewährten Darlehen bei zwanzigjähriger Laufzeit. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz konnte ab dem 1. Januar 1999 ohne Übergangsregelung erfüllt werden. Das Land gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen Zuschüsse zu den Kosten des pädagogischen Personals. Hierfür sind im Finanzplanungszeitraum insgesamt 520,6 Mio. DM eingeplant.

19.3 Folgende weitere Maßnahmen sind zu erwähnen:

- Zur Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sind im Finanzplanungszeitraum rd. 25,6 Mio DM vorgesehen.
- Für Jugendstättenbaumaßnahmen sind rd. 6,7 Mio. DM Zuschüsse veranschlagt.
- Das Programm zur Modernisierung und zum Ausbau des Jugendaufbauwerks wird fortgesetzt. Hierfür werden seit 1994 im Landeshaushalt nur noch die Landesmittel (2000 bis 2004: 17,1 Mio. DM) veranschlagt. Darin enthalten sind Mittel für die Qualifizierung/Ausbildung von jungen Frauen mit kleinen Kindern im Jugendaufbauwerk im Rahmen des Programms zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein und Mittel im Rahmen des Investitionsprogramms „Arbeit. Bildung, Innovati-

on“. Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Kosten des laufenden Betriebes des Jugendaufbauwerks werden unmittelbar den Trägern der Einrichtungen zugewiesen.

- Für die Schuldnerberatungsstellen sind im Finanzplanungszeitraum Zuschüsse in Höhe von insgesamt 20,1 Mio. DM vorgesehen, davon für die Durchführung der außer- und vorgerichtlichen Verfahren und der Insolvenzordnung 17,3 Mio. DM.
- Der den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege aus dem Ertrag des „Spiels 77“ und der Losbrieflotterie zur Verfügung stehende Betrag wird sich in den Jahren 2000 bis 2004 voraussichtlich auf 18,6 Mio. DM belaufen.
- Im Finanzplanungszeitraum sind Zuschüsse (Lotto- u. Totomittel) in Höhe von 36,6 Mio. DM an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für besondere soziale Maßnahmen des Landes zur Verfügung veranschlagt.
- Für Investitionen im Bereich der Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte sind Ausgaben in Höhe von 20,0 Mio. DM vorgesehen.
- Für familienfördernde Maßnahmen des Landes (u.a. Erholungsfürsorge, Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz; Beratung von Problemfamilien, Familienbildungsstätten, ohne Familienferienerholung [MG 24]) werden im Finanzplanungszeitraum ca. 30,6 Mio. DM bereitgestellt.

19.4 Pflegeversicherung / Pflegequalitätsoffensive

Wesentlicher Inhalt des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (Landespflegegesetz) vom 10. Febr. 1996 ist die finanzielle Förderung der Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen.

Zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgungsstruktur sieht das Landespflegegesetz die Gewährung von objektbezogenen Zuschüssen an Träger von Pflegeeinrichtungen und die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung nach Maßgabe der Richtlinien zu § 7 des Landespflegegesetzes vom 19. August 1996 vor.

Der gleichfalls angestrebten Verbesserung der sozialen Absicherung der Pflegebedürftigen durch Entlastung von lfd. Investitionskosten dienen darüber hinaus Investitionskostenpauschalen für ambulante Pflegedienste, einkommensunabhängige laufende Zuschüsse für teilstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege sowie

einkommensabhängige Zuschüsse (Pflegewohngeld) für vollstationäre Pflegeeinrichtungen.

Die Finanzierungsregelungen sind am Quotalen System der Sozialhilfe ausgerichtet. Das Land trägt dementsprechend 39 v.H. der nach dem Landespflegegesetz zu übernehmenden Investitionskosten. Die Kreise und kreisfreien Städte tragen 61 v.H. der Aufwendungen.

Der Landesanteil beträgt im Finanzplanungszeitraum 2000 bis 2004 184,5 Mio. DM einschließlich eines Investitionskostenanteils für die Fachkliniken des Landes in Höhe von 23,1 Mio. DM.

Im Rahmen der Pflegequalitätsoffensive hat das Land für die Jahre 2000 bis 2004 bis zu 16,6 Mio DM zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität in Pflegeeinrichtungen bereitgestellt.

Die Aufwendungen sind durch Einsparungen gedeckt, die im Bereich der Sozialhilfe durch die Einführung der Pflegeversicherung entstehen.

20. Asyl- und Ausländerbereich

Ausgaben für den Asyl- und Ausländerbereich sind für die Jahre 2000 bis 2004 mit insgesamt 427,8 Mio. DM veranschlagt.

21. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)

Mit Wirkung vom 01.07.1999 ist die „Gebäudemanagement Schleswig Holstein“ (GMSH) in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden. Die GMSH übernimmt die Aufgaben der bisherigen Landesbauverwaltung, die zentrale Gebäudebewirtschaftung und zentrale Beschaffung. Mit der GMSH sollen innerhalb von fünf Jahren die vom Land genutzten Flächen um 10 % sowie Energiekosten um 20 % reduziert werden. Ferner sollen innerhalb von 10 Jahren die sonstigen Bewirtschaftungskosten um 30 % gesenkt werden.

Die landeseigenen Liegenschaften werden hierzu in drei Tranchen in den Jahren 1999 (1. Tranche), 2000 (2. Tranche) und 2001 (3. Tranche) an die Investitionsbank (IB) veräußert. Die Liegenschaften werden anschließend zurückgemietet.

Die Einnahmen aus der Liegenschaftsübertragung werden dabei wie Einnahmen aus Kredit behandelt.

Nach Übertragung der Liegenschaften auf die IB werden künftig große Baumaßnahmen nicht mehr über den EPL 12 abgewickelt, sondern über Mieten finanziert. Wesentliche Ausnahmen von dieser Regelung sind insbesondere die Hochschulbauten und Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten sowie im Landeshaus.

Das Land ist künftig bei den übertragenen Liegenschaften nur für Schönheitsreparaturen und nutzerspezifische Einbauten zuständig. Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen, die die GMSH nicht zu vertreten hat, sind mit der Investitionsbank abzustimmen und über Mieten zu finanzieren. Nutzerspezifische Maßnahmen, die wegen der Überschreitung der Kostenobergrenze von 10 TDM nicht aus dem zentralen Bauunterhaltungstitel finanziert werden dürfen, werden wie bisher im jeweiligen Ressortkapitel des EPL 12 (HG 711) veranschlagt.

Für laufende und im Planungszeitraum zu beginnende Baumaßnahmen sind ab 2000 vorgesehen (HG 7 + 8):

	2000	2001	2002	2003	2004
			- in Mio. DM -		
Landesbau	54,8	44,3	54,9	57	32,1
landesfinanzierter	34,7	25,0	15,1	12,6	11,1
Hochschulbau					

Als große, laufende und neue Vorhaben im Bereich der landesfinanzierten Maßnahmen sind in 2000 zu nennen:

- Umbau mit teilweiser Neugestaltung des Landeshauses
(Gesamtbaukosten ca. 32,7 Mio.DM)
- Herrichtung und Erweiterung der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein
(Gesamtbaukosten ca. 35,5 Mio.DM)
- Erweiterung der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft
(Gesamtbaukosten ca. 44,9 Mio.DM)
- Neubau der Landesvertretung in Berlin
(Gesamtbaukosten ca. 21,8 Mio.DM)
- Neubau der Jugendarrestanstalt Moltfelde
(Gesamtbaukosten ca. 5,7 Mio.DM)

Wesentliche für 2001 vorgesehene und zu erwartende große Neubeginne bei landesfinanzierten Bauvorhaben:

- Weiterer Teilerweiterungsbau der Verwaltungsfachhochschule Altenholz
(Gesamtbaukosten ca. 5,0 Mio.DM)
- Herrichtung der Liegenschaft Munketoft, Universität Flensburg
(Gesamtbaukosten ca. 4,3 Mio.DM)
- Mit dem Investitionsprogramm Justizvollzug werden auf der Basis eines mittelfristigen Bauvolumens von rd. 111 Mio. DM die Überbelegung der Anstalten abgebaut, der dringende Grundinstandsetzungs- und Sanierungsbedarf gedeckt sowie weitere Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene geschaffen. Die Veranschlagung erfolgt im Kapitel 1209 in den einzelnen Titelgruppen. In 2001 sind als neue Vorhaben vorgesehen:
 - Modernisierung der Justizvollzugsanstalt Kiel
(Gesamtbaukosten ca. 22,9 Mio.DM)
 - Neubau Haus F der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 15,4 Mio.DM)
 - Neubau Haus H, Frauenvollzug in der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 3,8 Mio.DM)
 - Sozialtherapeutische Abteilung Haus C der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 5,3 Mio.DM)
 - Umbau der Bäckerei in der Justizvollzugsanstalt Neumünster
(Gesamtbaukosten ca. 7,5 Mio.DM)
- Neubau eines Laborgebäudes für das LANU in Neumünster
(Gesamtbaukosten ca. 18,5 Mio.DM)

	Haushalt 2000 TDM	Haushalt 2001 Entwurf TDM	Planung		
			2002 TDM	2003 TDM	2004 TDM
Steuern	10.397.600,0	10.058.000	10.685.900	11.101.800	11.737.700
Steuerähnliche Abgaben	123.925,0	178.048,0	197.048	199.048	201.048
Länderfinanzausgleich	121.000,0	170.000,0	170.000	188.600	209.100
Bundesergänzungszuweisungen	459.000,0	511.600,0	487.500	492.500	499.700
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst (ohne Liegen- schaftsmodell)	916.516,5	1.075.000,3	774.630	780.158	781.954
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen (ohne LFA, BEZ)	1.096.815,2	1.192.507,0	1.144.319	1.088.914	1.084.045
Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen (ohne Kredit- marktmittel)	283.286,0	339.512,4	371.488	370.509	359.612
Globale Mehreinnahmen	100.000,0	200.000,0	0	0	0
Haushaltstechnische Verrechnun- gen	15.724,6	15.521,0	15.791	15.726	15.606
Nettoeinnahmen	13.513.867,3	13.740.188,7	13.846.676	14.237.255	14.888.765
Einnahmen aus Liegenschaftsüber- tragungen	250.000,0	200.000,0	50.000,0		
Kreditmarktmittel	4.403.197,8	4.243.627,6	4.333.624	5.784.325	5.211.333
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	17.377,0	127.342,9	15.030	0	0
Gesamteinnahmen	18.184.442,1	18.311.159,2	18.245.330	20.021.579	20.100.097

Anlage 2

Gesamtausgaben

	Haushalt 2000 TDM	Haushalt 2001 Entwurf TDM	Planung		
			2002 TDM	2003 TDM	2004 TDM
Personalausgaben	5.867.537,8	5.585.425,2	5.661.224	5.765.555	5.904.926
Sächliche Verwaltungsausgaben	754.694,6	811.859,5	826.864	827.799	833.232
Schuldendienst (ohne Schuldentilgung am Kreditmarkt)	1.773.177,4	1.806.496,9	1.909.992	1.973.396	2.036.849
Länderfinanzausgleich	0,0	0,0	0	0	0
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.881.312,3	5.294.992,0	5.292.534	5.375.683	5.608.267
Baumaßnahmen	310.647,9	286.937,4	279.949	232.845	203.522
Sonstige Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen	1.204.482,1	1.234.317,2	1.232.204	1.205.705	1.174.816
Globale Mehr- und Minderausgaben	-57.059,5	-41.071,6	-300.600	-296.700	-256.700
Haushaltstechnische Verrechnungen	15.724,2	15.521,0	15.791	15.726	15.606
Nettoausgaben	14.750.516,8	14.994.477,6	14.917.957	15.100.008	15.520.518
Schuldentilgung Kreditmarktmittel	3.430.176,3	3.312.932,6	3.323.624	4.919.325	4.577.333
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	3.749,0	3.749,0	3.749	2.246	2.246
Gesamtausgaben	18.184.442,1	18.311.159,2	18.245.330	20.021.579	20.100.097

Anlage 3

Finanzierungsübersicht

	Haushalt 2000 TDM	Haushalt 2001 Entwurf TDM	Planung		
			2002 TDM	2003 TDM	2004 TDM
Nettoausgaben	14.750.516,8	14.994.477,6	14.917.957	15.100.008	15.520.518
Nettoeinnahmen	13.513.867,3	13.740.188,7	13.846.676	14.237.255	14.888.765
Finanzierungssaldo	-1.236.649,5	-1.254.288,9	-1.071.281	-862.754	-631.754
zuzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt	3.430.176,3	3.312.932,6	3.323.624	4.919.325	4.577.333
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	3.749,0	3.749,0	3.749	2.246	2.246
Deckungslücke (ohne Kreditaufnahme)	4.670.574,8	4.570.970,5	4.398.654	5.784.325	5.211.333
Schuldenaufnahme am Kre- ditmarkt	4.403.197,8	4.243.627,6	4.333.624	5.784.325	5.211.333
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Erlöse Liegenschaftsmodell	250.000,0	200.000,0	50.000	0	0
Entnahme aus Rücklagen	17.377,0	127.342,9	15.030	0	0
Verbleibende Deckungs- lücke bzw. Überschuss	0,0	0,0	0	0	0
<u>nachrichtlich:</u>					
Nettokreditaufnahme mit Lehrerverbeamtung	973.021,5	930.695,0	1.010.000	865.000	634.000
Nettokreditaufnahme ohne Lehrerverbeamtung	973.021,5	987.695,0	1.076.000	930.000	700.000

Steueraufkommen 2000 - 2004

STEUERART	2000	2001	2002	2003	2004
	Haushalt	Entwurf	Planung		
	- Mio DM -				
Gemeinschaftsteuern					
Lohnsteuer	3.787,5	3.654,1	3.888,2	4.026,9	4.309,9
Veranlagte Einkommensteuer	477,0	302,2	456,5	483,7	685,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	111,0	117,0	111,0	116,0	125,0
Körperschaftssteuer	648,0	388,4	473,7	515,7	574,0
Umsatzsteuer	2.865,0	2.988,1	3.034,6	3.136,4	3.190,8
Einfuhrumsatzsteuer	629,0	730,6	741,4	762,3	720,0
Gewerbsteuerumlage	257,0	281,6	349,5	397,8	435,9
Zinsabschlagsteuer	194,0	212,0	217,0	224,0	229,0
Summe 1.	8.968,5	8.674,0	9.271,9	9.662,8	10.269,7
Landessteuern					
Vermögensteuer	32,0	16,0	4,0	-	-
Erbschaftsteuer	175,0	184,0	192,0	201,0	209,0
Grunderwerbsteuer	460,0	470,0	482,0	490,0	500,0
Kraftfahrzeugsteuer	468,0	554,0	574,0	584,0	593,0
Totalisatorsteuer	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Lotteriesteuer	111,0	113,0	115,0	117,0	119,0
Feuerschutzsteuer	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
Biersteuer	27,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Summe 2.	1.294,0	1.384,0	1.414,0	1.439,0	1.468,0
Summe 1. + 2.	10.262,5	10.058,0	10.685,9	11.101,8	11.737,7
Länderfinanzausgleich	+ 197,0	170,0	170,0	188,6	209,1
Bundesergänzungszuweisungen	572,0	511,6	487,5	492,5	499,7
Insgesamt	11.031,5	10.739,6	11.343,4	11.782,9	12.446,5

Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
0407 (TG 62 o. 883 62)	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	78,5	72,8	74,4	74,5	74,5
0416 - 633 01	Wohngeld	305,0	363,0	360,0	355,0	350,0
0602 - MG 03	Berufliche Aufstiegsförderung	3,0	4,1	4,8	5,4	6,1
0607 - MG 02 /TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	73,1	73,0	76,6	79,6	82,7
0607 - MG 02 /TG 73	Unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Personenverkehr	18,6	18,0	18,4	18,8	19,1
0703 - MG 01	Ausbildungsförderung (ohne Darlehen)	41,7	58,4	58,4	58,4	58,4
0902, 0904-6 526 11-16	Auslagen in Rechtssachen	93,0	100,8	102,3	104,7	106,2
0903 - 681 03 *	Arbeitsentgelte u. dgl. für Gefangene	2,5	0,9	1,0	1,0	1,0
0909 - 633 11	Erstattungen an Kreise und kreis- freie Städte im Rahmen des Un- terhaltsvorschussgesetzes	59,7	42,0	42,0	43,0	43,0
0909 - 633 12 (MG 24)	Erstattungen von Jugendhilfe- leistungen an Kreise und kreis- freie Städte gem. § 58 Abs. 1 JuFöG	83,3	84,9	84,9	86,7	89,3
1003 - 633 04	Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	6,0	5,0	5,0	5,0	5,0
1004 - 671 03	Beiträge an die Unfallkasse Schleswig-Holstein	8,9	7,9	7,4	7,4	7,4
1005 - TG 65	Sozialhilfe (ohne Verrechnungen)	783,9	791,6	811,6	844,3	878,6
1111 - 654 02	Zuschuß an LA-Fonds nach § 6 LAG	3,6	3,0	2,7	2,7	2,7

* weniger ab 2001, da der Landesbetrieb „Vollzugliches Arbeitswesen „ in 2001 auf die Justizvollzugsanstalten Lübeck und Neumünster ausgedehnt werden soll.

Anlage 6

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2000 bis 2004 ¹⁾

- nach Haushaltsansätzen -

Gegenstand	2000	2001	2002	2003	2004
	Haushalt	Entwurf	- Finanzplan -		
			- in TDM -		
I. Vorwegabzüge (§ 7 Abs. 1 FAG)					
1. Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (Tit. 613 03)	2.000,0	2.000	2.000	2.000	2.000
(Tit. 613 04)	9.000,0	10.000	10.000	10.000	10.000
(Tit. 883 01)	19.000,0	18.000	18.000	18.000	18.000
2. Zuweisung an den Förderungsfonds für den Nachbarraum um Hamburg (Förderungsfonds Nord) (Tit. 883 16)					
2.1 Zuweisungen nach § 20 (1) FAG	2.500,0	2.500	2.500	2.500	2.500
2.2 Zuweisungen nach § 20 (3) FAG	3.500,0	3.500	3.500	3.500	3.500
3. Kommunaler Schulbaufonds (MG 01)	60.000,0	60.000	60.000	60.000	60.000
4. Theater und Orchester					
4.1 Betriebskostenzuweisungen (Tit. 633 03)	60.254,0	62.059	63.920	65.557	67.253
4.2 Bau- und Sanierungsmaßnahmen (Tit. 883 04)	5.000,0	5.000	5.000	5.000	-
5. Zuweisungen an die DZ (Tit. 533 01)	2.000,0	2.000	2.000	2.000	2.000
6. Zuweisungen zu den Straßenbaulasten					
6.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen (Tit. 633 01)	3.150,0	3.150	3.150	3.150	3.150
6.2 Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Tit. 883 02)	3.850,0	3.850	3.850	3.850	3.850
6.3 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten (Tit. 633 02)	28.800,0	28.800	28.800	28.800	28.800
6.4 besondere Straßenbaumaßnahmen (Tit. 883 03)	10.200,0	10.200	10.200	10.200	10.200
7. Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (Tit. 633 04)	10.000,0	10.000	10.000	10.000	10.000
8. Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern (Tit. 633 05)	7.561,8	7.638	7.714	7.791	7.869
9. Zuweisungen zu den Sozialhilfekosten (Tit. 633 06)	23.000,0	24.000	25.000	26.000	27.000
10. Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens (Tit. 633 07)	11.865,0	12.220	12.586	12.963	13.351
Summe I	261.680,8	264.917	268.220	271.311	269.473

Gegenstand	2000	2001	2002	2003	2004
------------	------	------	------	------	------

	Haushalt	Entwurf	- Finanzplan -		
	- in TDM -				
II. Prozentual aufzuteilender Betrag (§§ 7 Abs. 2 und 8 - 15 FAG)					
Davon entfallen auf					
a) Schlüsselzuweisungen (Tit. 613 06)	1.579.033,5	1.510.830,2	1.557.633	1.621.945	1.731.501
b) Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (Tit. 883 15)	146.686,2	140.350,4	144.698	150.673	160.850
Summe II	1.725.719,7	1.651.180,6	1.702.331	1.772.618	1.892.351
Finanzausgleichsmasse	1.987.400,5	1.916.097,6	1.970.551	2.043.929	2.161.824
Zuwachs in v.H.					
FAG-Masse		- 3,6	2,8	3,7	5,8
Schlüsselzuweisungen		- 4,3	3,1	4,1	6,8
Berechnung der FAG-Masse					
III.					
Steuern, LFA und BEZ	10.695.600,0	10.437.000,0	10.972.900	11.364.100	11.989.600
- Familienleistungsausgleich	- 125.460,0	- 131.400,0	- 136.000	- 141.000	- 146.000
Verbundmasse	10.570.140,0	10.305.600,0	10.836.900	11.223.100	11.843.600
FAG-Masse (19,0 v.H.)	2.008.326,6	1.958.064,0	2.059.011	2.132.389	2.250.284
- Finanzierungsbeitrag	- 53.860,0	- 58.960,0	- 88.460	- 88.460	- 88.460
- Abschlag auf Abrechnung	+ 10.000,0	-			
- Abrechnung 1998/1999	+ 23.196,5	+ 16.702,9			
- Abrechnung FLA 1997/1998	- 262,6	+ 290,7			
Finanzausgleichsmasse	1.987.400,5	1.916.097,6	1.970.551	2.043.929	2.161.824
Nachrichtlich:					
Familienleistungsausgleich					
- lfd. Jahr -	125.460,0	131.400,0	136.000	141.000	146.000
- Abrechnung Vorjahr	+ 1.382,0	- 1.529,8			

¹⁾ Berechnet auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2000 unter

Berücksichtigung des Steuersenkungsgesetzes (BT-Beschluss) und des Euro-Glättungsgesetzes

Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	Planung		Planung
			2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6
<u>Sachinvestitionen</u>					
Baumaßnahmen (Hauptgruppe 7)	310,6	286,9	279,9	232,8	203,5
Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (Obergruppen 81 und 82)	135,1	115,0	109,8	112,5	96,0
<u>Investitionsförderungsmaßnahmen</u>					
Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83)	0,6	0,5	0,0	0,0	0,0
Darlehen und Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) und Zweckverbände (Obergruppen 85 und 88)	624,6	647,9	651,0	657,2	667,5
Darlehen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche (Obergruppen 86 und 89)	423,8	541,3	457,1	421,8	397,6
Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Obergruppe 87)	20,6	19,7	14,3	14,2	13,7
Summe	1.515,1	1.521,2	1.512,1	1.438,5	1.378,3

Anlage 8

Ausgaben
für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 04</u>						
- Innenministerium -						
<u>Kap. 0402</u>	Sportförderung	10,8	10,2	10,2	10,2	10,2
<u>Kap. 0407</u> 633 62	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	66,4	62,3	63,9	63,9	63,9
<u>Kap. 0410</u> 811 01 ff.	Investiver Polizeihushalt	23,8	22,6	20,1	16,9	17,1
<u>Kap. 0416</u> 633 01	Wohngeld	305,0	363,0	360,0	355,0	350,0
MG 01	Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der vereinbarten Förderung	67,8	51,2	47,8	39,6	37,5
MG 02	Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg	10,0	8,4	7,0	5,8	4,7
MG 04	Städtebauförderung	18,0	19,1	19,4	13,7	12,2
<u>Einzelplan 05</u>						
- Ministerium für Finanzen und Energie -						
<u>Kap. 0505</u> MG 05	IT-Steuerverwaltung	11,2	15,5	15,0	16,2	17,5
<u>Kap. 0508</u> MG 02	Zuschüsse an die GMSH	32,3	35,0	34,8	33,7	34,0
<u>Kap. 0509</u> MG 01	Atomrechtliche Verfahren	35,1	39,0	39,0	39,0	39,0
<u>Kap. 0510</u> (TG 61) (TG 62) (TG 63) (TG-64) (TG 65)	Energiewirtschaft	4,3	2,2	2,3	2,4	2,4
<u>Einzelplan 06</u>						
- Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr -						
<u>Kap. 0602</u> 671 01	Erstattung des Schuldendienstes aus der Finanzierung des Beschäftigungsorientierten Investitionshilfeprogramms an die Investitionsbank	2,2	2,1	0,9	-	-
871 01	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramms	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5
883 33	Kommunaler Straßenbau (Bundesmittel)	57,9	65,3	65,3	65,3	65,3
892 05	Wettbewerbshilfen für schlesw.-					

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
	holst. Werften	22,0	36,4	38,5	24,5	20,5
MG 02	Aus- und Weiterbildung	13,2	8,7	7,8	8,5	8,7
MG 03	Berufliche Aufstiegsfortbildung	3,0	4,1	4,8	5,4	6,1
MG 04	Beratungs- und Informations- wesen des mittelständischen Gewerbes	1,1	0,8	0,8	0,8	0,8
MG 06	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerbl. Wirtschaft	5,7	4,7	4,7	4,7	4,7
MG 07	Förderung von Forschung, Ent- wicklung und Innovation zur Stär- kung der Wirtschaft	9,3	16,1	16,6	14,8	12,9
MG 08	Informationswirtschaft und Multimedia	7,8	2,5	1,0	0,5	0,5
MG 09	Förderung von Betrieben im Be- reich moderner Technologie	2,6	-	-	-	-
MG 11	Wagniskapitalbeteiligungen	5,5	4,3	3,0	3,0	3,0
MG 15	Regionalprogramm 2000	0,8	64,4	64,7	65,5	59,8
MG 16	Ziel-5b-Programm	15,6	2,9	-	-	-
<u>Kap. 0603</u>						
	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	51,3	65,6	59,5	56,3	56,3
<u>Kap. 0604</u>						
533 01	Werkverträge im Rahmen der Entwurfsbearbeitung	21,4	16,9	17,0	17,0	17,0
752 01	Planung etc. konkreter Straßen- baumaßnahmen	-	5,0	5,0	5,0	5,0
753 01	Deckenerneuerung auf Landesstraßen	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0
MG 01	Straßeninformationssystem	0,6	0,5	0,4	0,2	0,1
TG 63	Um- und Ausbau von Landesstraßen	47,5	47,0	42,0	36,5	34,4
<u>Kap. 0605</u>						
711 01 ff.	Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie Erwerb von Fahrzeu- gen und Geräten pp.	6,2	5,3	5,5	5,7	5,3
<u>Kap. 0607</u>						
MG 02	Maßnahmen aus Regionalisie- rungsmitteln	331,3	355,9	355,9	355,9	355,9
TG 65	Öffentlicher Personennahverkehr (Bundesmittel)	27,4	19,5	19,5	19,5	19,5
TG 68	Kostenbeiträge nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	0,9	0,5	0,4	0,4	0,2
TG 69	Verbesserung des öffentlichen					

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
	Personennahverkehrs aus Landesmitteln	-	-	-	-	-
TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	68,9	52,1	53,7	55,1	56,6
TG 73	Fahrgelderstattung für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr	18,3	7,7	8,1	8,5	8,8
<u>Einzelplan 07</u>						
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur -						
<u>Kap. 0702</u>						
684 01	Personalkostenzuschüsse an Kirchen	21,6	21,9	22,3	22,7	23,2
<u>Kap. 0703</u>						
MG 01	Ausbildungsförderung	64,0	89,0	89,0	89,0	89,0
<u>Kap. 0710</u>						
632 02	Ausgleichsleistungen an Hamburg/Privatschulen	9,0	10,5	12,0	5,0	5,0
MG 07	Zuschüsse an Privatschulen	62,0	63,6	62,8	62,8	62,8
MG 09	Schulen der dänischen Minderheit	47,3	47,4	47,4	47,4	47,4
<u>Kap. 0721</u>						
MG 01	Zuschuß für die Universitätsklinik Kiel	154,4	151,7	151,7	151,7	151,7
<u>Kap. 0722</u>						
MG 01	Zuschuß für die Universitätsklinik Lübeck	126,8	130,6	130,6	130,6	130,6
<u>Kap. 0740</u>						
684 26	S-H Musik Festival	3,8	3,8	3,5	3,5	3,5
MG 01	Kunst- und Kulturpflege	4,8	4,3	4,3	4,3	4,3

Einzelplan 08

- Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus -

Kapitel 0801

MG 03	Aufwendungen f.d. landwirtschaftlichen Berufsfach- und Fachschulen	12,3	5,4	5,5	5,5	5,5
-------	--	------	-----	-----	-----	-----

Kap. 0802

686 04	Landwirtschaftliche u. gärtnerische Beratungsringe	2,5	2,5	2,5	2,1	2,1
--------	--	-----	-----	-----	-----	-----

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
MG 03 MG 05	Zuwendungen der EU für die Fischerei und Aquakultur	8,0	9,8	7,0	7,0	7,0
MG 04	Leistungen an die Landwirt- schaftskammer	20,4	18,5	18,5	17,2	17,5
TG 61	Tourismus	4,2	5,2	5,1	4,6	4,6
TG 73/ TG 74	Fischerei	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
<u>Kap. 0803</u>	- Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan	159,8	143,0	139,4	135,3	135,3
MG 01	Vorplanung	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8
MG 02	Flurbereinigung	4,9	4,2	5,5	5,5	5,5
MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen u. ländliche Siedlung	44,7	41,9	41,4	39,4	39,4
MG 04	Verbesserung der Marktstruktur	2,8	2,5	5,0	5,0	5,0
MG 05	Wasserwirtschaftliche/kulturbau- technische Maßnahmen	7,5	5,7	5,7	5,7	5,7
MG 06	Forstliche Maßnahmen	8,3	5,7	5,7	5,7	5,7
MG 07	Sonstige Maßnahmen	3,9	2,5	0,6	0,6	0,6
MG 08	Küstenschutz	69,7	61,9	61,9	58,5	58,5
MG 10	Dorferneuerung	11,5	9,9	13,9	13,9	13,9
MG 11	Maßnahmen aus dem EAGFL i.R. zusätzlicher Förderung struktur- schwacher ländlicher Gebiete	1,9	-	-	-	-
MG 12	Investitionsprogramm Arbeit, Bildung, Innovation	5,3	6,5	-	-	-
MG 13	Maßnahmen aus dem EAGFL Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	-	44,2	49,6	52,5	53,5
<u>Kap. 0812</u>						
MG 02	Betriebs- und Unterhaltungskosten für Sperrwerke	4,3	4,4	4,8	3,7	3,7
<u>Einzelplan 09</u> - Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie-						
<u>Kap. 0902</u> MG 05	Informationstechnik (u.a. MEGA, MESTA, GRUNDBUCH)	12,7	11,3	9,4	16,2	9,9
<u>Kap. 0908</u>	Förderung von Frauen und Mädchen					
MG 01	Impulse für neue frauenpolitische Themen und Vorhaben	1,0	1,3	1,0	0,7	0,6
MG 02	Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	4,2	4,2	4,1	4,0	4,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Kap. 0909</u>	Kinder, Jugend und Familie					
633 11	Unterhaltsvorschuss (Erstattungen)	59,7	42,0	42,0	43,0	43,0
684 02	Aktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
684 14	Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
MG 01	Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
MG 20	Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	5,5	5,2	5,1	5,0	5,0
MG 21	Internationale Jugendarbeit	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
MG 22	Kinder- und Jugendschutz	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8
MG 24	Hilfe zur Erziehung	88,2	89,9	90,0	91,7	94,3
MG 25	Fortbildung in der Jugendhilfe	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 26	Bau von Stätten der Jugendarbeit	2,5	1,3	1,0	0,9	1,0
MG 30	Familienfördernde Maßnahmen	6,3	6,0	6,0	6,1	6,2
MG 32	Ferienwerk -Schleswig-Holstein	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
<u>Einzelplan 10</u>						
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -						
<u>Kap. 1001</u>						
686 01	EU-Zuschüsse aus dem ESF	46,6	62,2	48,5	38,5	38,5
<u>Kap. 1002</u>						
TG 61	Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs	7,4	6,4	6,2	6,1	6,1
TG 62	Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßn.	3,0	2,6	2,6	2,6	2,6
TG 66	Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung	4,2	4,0	3,8	3,8	3,8
<u>Kap. 1003</u>						
633 04	Landesanteil an den Ausgaben der Kriegsopferfürsorge	6,0	5,0	5,0	5,0	5,0
681 01	Impfschäden	6,8	6,5	6,5	6,5	6,5
TG 67	Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz	29,5	29,6	29,6	29,6	29,6
<u>Kap. 1004</u>						
671 03	Unfallversicherung	8,9	7,9	7,9	7,9	7,9
MG 01	Jugendaufbauwerk	4,0	4,7	2,8	2,8	2,8
MG 06	Zusätzliche arbeitsmarktpolitische					

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
	Maßnahmen (ESF)	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
MG 07	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen „ASH III“ und „ASH 2000“	19,5	16,0	19,5	19,5	19,5
MG 08	Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	24,8	24,1	23,3	22,5	21,7
<u>Kap. 1005</u>						
633 02	Landesblindengeld	46,8	47,6	48,0	48,5	49,0
893 08	An Verbände der freien Wohlfahrtspflege aus dem Ertrag „Spiel 77“ und Losbrieflotterie	4,1	2,2	4,1	4,1	4,1
MG 01	Förderung von investiven Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur	38,6	36,2	36,0	36,3	37,5
MG 03	Seniorenpolitische Maßnahmen	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
MG 05	Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“	1,4	2,6	2,1	1,8	1,1
MG 07	Kindertagesstätten	104,7	100,0	103,9	107,8	111,8
TG 62	Besondere soziale Maßnahmen	9,1	6,4	6,9	7,1	7,1
TG 63	Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen u. Wohnheime für Behinderte	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
TG 65	Sozialhilfe	791,3	799,2	819,4	852,0	886,2
<u>Kap. 1011</u>						
682 05	Zuschüsse zum lfd. Betrieb der Fachkliniken des Landes	1,9	1,6	1,6	1,6	1,6
891 06	Investitionszuschüsse an die Fachkliniken	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
MG 03	Maßregelvollzug	29,3	30,8	34,3	35,1	36,0
<u>Kap. 1013</u>						
883 02	Erfüllung gesetzlicher Ansprüche nach dem KHG	81,0	81,0	83,2	83,2	88,5
MG 02	Baumaßnahmen nach dem KHG	88,2	69,7	94,7	94,7	94,7
<u>Kap. 1016</u>						
633 01/ 684 04	Ausbildung in der Altenpflege	2,5	3,0	3,5	3,5	3,1
<u>Einzelplan 11</u>						
- Allgemeine Finanzverwaltung -						
<u>Kap. 1102</u>						
	Kommunaler Finanzausgleich	1.987,4	1.916,1	1.970,6	2.043,9	2.161,8
	Zuweisung Familienleistungsausgleich	126,8	129,9	136,0	141,0	146,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
<u>Kap. 1104</u> MG 01	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	16,0	15,0	12,0	12,0	12,0
<u>Kap. 1111</u> 654 02	Zuschuß an den Lastenausgleichsfonds	3,6	3,0	2,7	2,7	2,7
TG 63	Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume					
	Epl. 06	1,6	2,5	-	-	-
	Epl. 07	-	4,8	-	-	-
	Epl. 08	0,6	0,7	-	-	-
	Epl. 09	-	1,4	-	-	-
	Epl. 11	3,7	-	-	-	-
	Epl. 12	0,5	-	-	-	-
	Epl. 13	0,2	-	-	-	-
TG 64	Regionalprogramm 2000					
	Epl. 06	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
	Epl. 11	11,2	19,2	18,4	18,2	18,7
<u>Einzelplan 12</u> -Hochbau- maßnahmen des Landes-						
<u>Kap. 1212</u> TG 70 - 82	Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	116,1	120,0	120,0	77,7	75,1
<u>Kap. 1209</u>	Investitionsprogramm Justizvollzug	0,0	6,2	22,3	24,8	15,2
<u>Einzelplan 13</u> - Umweltministerium-						
<u>Kap. 1301</u> TG 65	Bekämpfung von Meeresverschmutzung	10,1	10,9	11,3	11,7	11,5
<u>Kap. 1302</u>						
657 01 637 01	Zuweisungen gem. Landeswassergesetz an Landesverband der Wasser- und Bodenverbände	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
MG 01	Biologischer Flächenschutz und Artenschutz	12,5	13,5	13,8	13,7	13,8
MG 02	Förderung der ökologischen Technik und Wirtschaft	3,0	4,0	4,6	4,6	4,6
MG 04	Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen auf dem Gebiet des Umwelt-, Natur- und Tier-schutzes	3,3	2,8	2,9	2,9	2,7
MG 06	Waldbauliche Förderungsmaß-					

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2000 Mio DM	Entwurf 2001 Mio DM	P l a n u n g		
				2002 Mio DM	2003 Mio DM	2004 Mio DM
1	2	3	4	5	6	7
	nahmen	2,4	2,6	2,6	2,3	2,3
MG 07	Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung, Wasserversorgung	15,3	13,7	13,1	12,9	12,6
MG 09	Abfallvermeidung, Abfallwirtschaft und Altlastensanierung	7,9	8,6	7,1	6,8	6,4
MG 10	Vertragsnaturschutz und Halligprogramm	7,6	8,0	9,5	11,9	12,5
TG 61	Verbesserung der Gewässergüte	18,9	17,6	17,1	16,4	17,9
TG 67	Naturnahe Umgestaltung und Pflege der Fließgewässer	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
<u>Kap. 1309</u> 752 01 und 821 01	Erhaltung und Ergänzung des Waldbesitzes	5,9	5,4	5,4	5,4	5,4
<u>Kap. 1310</u> TG 68	Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Grundwasserbewirtschaftung	4,4	5,3	5,5	5,4	5,4

Finanzplan 2000 bis 2004

Anlage 9

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11-17)´ (Ziff. 11 - 17)	2000	12.989.541,9	
		2001	12.938.851,2	
		2002	13.430.632,0	
		2003	13.821.702,3	
		2004	14.484.996,7	
11	Steuern	2000	10.397.600,0	
		2001	10.058.000,0	
		2002	10.685.900,0	
		2003	11.101.800,0	
		2004	11.737.700,0	
1101	Lohnsteuer	2000	3.828.400,0	011
		2001	3.654.100,0	
		2002	3.888.200,0	
		2003	4.026.900,0	
		2004	4.309.900,0	
1102	Veranlagte Einkommensteuer	2000	488.000,0	012
		2001	302.200,0	
		2002	456.500,0	
		2003	483.700,0	
		2004	685.100,0	
1103	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaft-, Zinsabschlagsteuer	2000	1.029.400,0	013, 014, 018
		2001	717.400,0	
		2002	801.700,0	
		2003	855.700,0	
		2004	928.000,0	
1104	Umsatzsteuer	2000	3.499.100,0	015, 016
		2001	3.718.700,0	
		2002	3.776.000,0	
		2003	3.898.700,0	
		2004	3.910.800,0	
1105	Gewerbsteuerumlage	2000	261.000,0	017
		2001	281.600,0	
		2002	349.500,0	
		2003	397.800,0	
		2004	435.900,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1106	Zoelle	2000	--	026
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1107	Tabaksteuer	2000	--	027
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1108	Mineralölsteuer	2000	--	041
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1109	Sonstige Bundessteuern	2000	--	021-025, 028-039, 042, 046
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1110	Lastenausgleichsabgaben	2000	--	047-049
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1111	Vermögensteuer	2000	22.000,0	051
		2001	16.000,0	
		2002	4.000,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
1112	Kraftfahrzeugsteuer	2000	469.700,0	054
		2001	554.000,0	
		2002	574.000,0	
		2003	584.000,0	
		2004	593.000,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1113	Biersteuer	2000	25.000,0	061
		2001	26.000,0	
		2002	26.000,0	
		2003	26.000,0	
		2004	26.000,0	
1114	Sonstige Landessteuern	2000	775.000,0	052, 053, 055-059, 069
		2001	788.000,0	
		2002	810.000,0	
		2003	829.000,0	
		2004	849.000,0	
1115	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	2000	--	071
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1116	Grundsteuer	2000	--	072-074
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1117	Gewerbsteuer	2000	--	075-077
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1118	Sonstige Gemeindesteuern	2000	--	081-089
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1200	Steuerähnliche Abgaben (ohne Muenzeinnahmen)~ (ohne Münzeinnahmen)	2000	123.925,0	09 (ohne 092)
		2001	178.048,0	
		2002	197.048,0	
		2003	199.048,0	
		2004	201.048,0	

Finanzplan 2000 bis 2004

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1300	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2000	291.557,8	12
		2001	307.781,1	
		2002	228.033,7	
		2003	229.551,7	
		2004	230.221,7	
14	Zinseinnahmen	2000	8.332,7	
		2001	14.371,6	
		2002	10.333,1	
		2003	11.119,4	
		2004	10.088,8	
141	von Verwaltungen	2000	20,3	
		2001	13,0	
		2002	12,0	
		2003	11,0	
		2004	10,0	
1411	von Ländern	2000	--	152
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1412	von Gemeinden (GV.)	2000	19,8	153
		2001	13,0	
		2002	12,0	
		2003	11,0	
		2004	10,0	
1413	von Zweckverbänden	2000	0,5	157
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
1414	von sonstigen Verwaltungen	2000	--	151, 154, 155
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	

Finanzplan 2000 bis 2004

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1420	von anderen Bereichen	2000	8.312,4	156, 16
		2001	14.358,6	
		2002	10.321,1	
		2003	11.108,4	
		2004	10.078,8	
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2000	1.851.085,1	
		2001	1.837.410,6	
		2002	1.786.901,5	
		2003	1.773.121,5	
		2004	1.802.097,5	
151	von Verwaltungen	2000	1.534.907,8	
		2001	1.728.346,7	
		2002	1.677.145,0	
		2003	1.662.695,0	
		2004	1.690.704,0	
1511	vom Bund	2000	1.276.066,7	211, 231, 241, 251
		2001	1.418.487,4	
		2002	1.368.285,0	
		2003	1.334.474,0	
		2004	1.341.311,0	
1512	Länderfinanzausgleich	2000	121.000,0	212
		2001	170.000,0	
		2002	170.000,0	
		2003	188.600,0	
		2004	209.100,0	
1513	Sonstige von Ländern	2000	24.297,8	232, 242, 252
		2001	36.862,3	
		2002	35.212,0	
		2003	35.196,0	
		2004	35.081,0	
1514	von Gemeinden (GV.)	2000	111.373,9	213, 233, 243, 253
		2001	101.392,0	
		2002	102.116,0	
		2003	102.893,0	
		2004	103.680,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1515	von Zweckverbänden	2000	141,0	217, 237, 247, 257
		2001	170,0	
		2002	170,0	
		2003	170,0	
		2004	170,0	
1516	von sonstigen Verwaltungen	2000	2.028,4	214, 234, 235, 244, 245, 254, 255
		2001	1.435,0	
		2002	1.362,0	
		2003	1.362,0	
		2004	1.362,0	
152	von anderen Bereichen	2000	316.177,3	
		2001	109.063,9	
		2002	109.756,5	
		2003	110.426,5	
		2004	111.393,5	
1521	von Sozialversicherungsträgern	2000	1.159,8	216, 236, 246, 256
		2001	1.087,3	
		2002	1.091,0	
		2003	977,0	
		2004	982,0	
1522	von Sonstigen	2000	315.017,5	112, 28
		2001	107.976,6	
		2002	108.665,5	
		2003	109.449,5	
		2004	110.411,5	
16	Schuldendiensthilfen	2000	52.894,3	
		2001	50.369,4	
		2002	44.477,0	
		2003	40.341,0	
		2004	35.218,0	
161	von Verwaltungen	2000	35.072,5	
		2001	29.358,5	
		2002	23.389,0	
		2003	19.173,0	
		2004	13.973,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1611	vom Bund	2000	35.072,5	221
		2001	29.358,5	
		2002	23.389,0	
		2003	19.173,0	
		2004	13.973,0	
1612	von Ländern	2000	--	222
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1613	von sonstigen Verwaltungen	2000	--	223-225, 227
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1620	von anderen Bereichen	2000	17.821,8	226, 26
		2001	21.010,9	
		2002	21.088,0	
		2003	21.168,0	
		2004	21.245,0	
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	2000	264.147,0	
		2001	492.870,5	
		2002	477.938,7	
		2003	466.720,7	
		2004	468.622,7	
1710	Gebühren, sonstige Entgelte	2000	180.570,0	111
		2001	396.093,8	
		2002	396.908,0	
		2003	398.974,0	
		2004	401.148,0	
1720	Sonstige Einnahmen	2000	83.577,0	113, 119, 27
		2001	96.776,7	
		2002	81.030,7	
		2003	67.746,7	
		2004	67.474,7	

Finanzplan 2000 bis 2004

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)~ (Ziff. 21 - 25)	2000	658.600,8	
		2001	785.816,5	
		2002	450.252,9	
		2003	399.825,8	
		2004	388.161,3	
2100	Veräußerung von Sachvermögen	2000	288.235,8	131, 132
		2001	213.216,2	
		2002	56.154,0	
		2003	6.175,0	
		2004	6.124,0	
22	Vermögensübertragungen	2000	266.963,0	
		2001	324.811,4	
		2002	358.183,0	
		2003	358.426,0	
		2004	348.617,0	
221	Zuweisungen für Investitionen	2000	244.158,0	
		2001	201.127,1	
		2002	231.581,0	
		2003	228.225,0	
		2004	222.959,0	
2211	vom Bund	2000	169.004,0	331
		2001	125.916,7	
		2002	142.773,0	
		2003	139.417,0	
		2004	131.512,0	
2212	von Ländern	2000	400,0	332
		2001	300,0	
		2002	300,0	
		2003	300,0	
		2004	300,0	
2213	von Gemeinden (GV.)	2000	74.754,0	333
		2001	74.910,4	
		2002	88.508,0	
		2003	88.508,0	
		2004	91.147,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2214	von sonstigen Verwaltungen	2000	0,0	334, 337
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
222	Zuschüsse für Investitionen	2000	22.805,0	
		2001	123.684,3	
		2002	126.602,0	
		2003	130.201,0	
		2004	125.658,0	
2221	von Sozialversicherungsträgern	2000	2.775,0	336
		2001	2.250,0	
		2002	2.250,0	
		2003	2.250,0	
		2004	2.250,0	
2222	von Sonstigen	2000	20.030,0	34
		2001	121.434,3	
		2002	124.352,0	
		2003	127.951,0	
		2004	123.408,0	
223	sonstige Vermögensübertragungen	2000	0,0	
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
2231	vom Bund	2000	--	291
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2232	von Ländern	2000	--	292
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2233	von Gemeinden (GV.)	2000	--	293
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2234	von anderen Bereichen	2000	0,0	297-299
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
23	Darlehensrückflüsse	2000	22.079,0	
		2001	23.087,9	
		2002	21.110,9	
		2003	20.141,8	
		2004	19.425,3	
231	von Verwaltungen	2000	1.472,7	
		2001	1.466,9	
		2002	1.903,0	
		2003	1.351,0	
		2004	825,0	
2311	von Ländern	2000	--	172
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2312	von Gemeinden (GV.)	2000	472,7	173
		2001	656,9	
		2002	1.103,0	
		2003	551,0	
		2004	25,0	
2313	von Zweckverbänden	2000	1.000,0	177
		2001	810,0	
		2002	800,0	
		2003	800,0	
		2004	800,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2314	von sonstigen Verwaltungen	2000	--	171, 174, 175
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
232	von anderen Bereichen	2000	20.606,3	
		2001	21.621,0	
		2002	19.207,9	
		2003	18.790,8	
		2004	18.600,3	
2321	von Sonstigen im Inland	2000	20.576,3	14, 176, 181, 182
		2001	21.591,0	
		2002	19.177,9	
		2003	18.760,8	
		2004	18.570,3	
2322	vom Ausland	2000	30,0	186
		2001	30,0	
		2002	30,0	
		2003	30,0	
		2004	30,0	
2400	Veräußerungen von Beteiligungen u. dgl.	2000	65.000,0	133, 134
		2001	210.000,0	
		2002	1.500,0	
		2003	3.000,0	
		2004	3.000,0	
25	Schuldenaufnahme bei Verwaltungen	2000	16.323,0	
		2001	14.701,0	
		2002	13.305,0	
		2003	12.083,0	
		2004	10.995,0	
2510	vom Bund	2000	16.323,0	311
		2001	14.701,0	
		2002	13.305,0	
		2003	12.083,0	
		2004	10.995,0	

Finanzplan 2000 bis 2004

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2520	von Ländern	2000	--	312
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2530	von Gemeinden (GV.)	2000	--	313
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2540	von sonstigen Verwaltungen	2000	--	314, 315, 317
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
3000	Globale Mehreinnahmen - soweit nicht aufgeteilt -" (soweit nicht aufgeteilt)	2000	100.000,0	37
		2001	200.000,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
4	Gesamteinnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2000	13.748.142,7	
		2001	13.924.667,7	
		2002	13.880.884,9	
		2003	14.221.528,1	
		2004	14.873.158,0	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2000	4.420.574,8	
		2001	4.370.970,5	
		2002	4.348.654,0	
		2003	5.784.325,0	
		2004	5.211.333,0	
5100	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2000	4.403.197,8	32
		2001	4.243.627,6	
		2002	4.333.624,0	
		2003	5.784.325,0	
		2004	5.211.333,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
5200	Entnahme aus Rücklagen	2000	17.377,0	35
		2001	127.342,9	
		2002	15.030,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
5300	Überschüsse aus Vorjahren	2000	0,0	36
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
5400	Münzeinnahmen	2000	--	092
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
6	Zu- und Absetzungen	2000	15.724,6	
		2001	15.521,0	
		2002	15.791,0	
		2003	15.726,0	
		2004	15.606,0	
6400	Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)~ (Verrechnungen u.ä.)	2000	15.724,6	38
		2001	15.521,0	
		2002	15.791,0	
		2003	15.726,0	
		2004	15.606,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)~ (Ziff. 4 + 5 + 6)	2000	18.184.442,1	
		2001	18.311.159,2	
		2002	18.245.329,9	
		2003	20.021.579,1	
		2004	20.100.097,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15) [~] (Ziff. 11 - 15)	2000	13.275.149,6	
		2001	13.497.423,8	
		2002	13.691.217,6	
		2003	13.942.269,1	
		2004	14.383.161,0	
1100	Personalausgaben	2000	5.867.537,8	4
		2001	5.585.425,2	
		2002	5.661.223,6	
		2003	5.765.554,5	
		2004	5.904.926,1	
12	Laufender Sachaufwand	2000	963.338,8	
		2001	1.394.650,4	
		2002	1.384.585,2	
		2003	1.380.649,9	
		2004	1.412.669,9	
1210	Sächliche Verwaltungsausgaben	2000	754.694,6	51-54
		2001	811.859,5	
		2002	826.864,4	
		2003	827.799,1	
		2004	833.232,1	
1220	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	2000	--	55
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1230	Erstattungen an andere Bereiche	2000	39.827,1	67
		2001	45.904,5	
		2002	44.684,8	
		2003	44.830,8	
		2004	44.376,8	
1240	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2000	168.817,1	685
		2001	536.886,4	
		2002	513.036,0	
		2003	508.020,0	
		2004	535.061,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
13	Zinsausgaben	2000	1.772.389,9	
		2001	1.805.847,1	
		2002	1.909.542,0	
		2003	1.972.213,0	
		2004	2.035.751,0	
131	an Verwaltungen	2000	58,9	
		2001	54,0	
		2002	44,0	
		2003	41,0	
		2004	40,0	
1311	an Bund	2000	58,9	561
		2001	54,0	
		2002	44,0	
		2003	41,0	
		2004	40,0	
1312	an LAF und ERP	2000	--	564
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1313	an sonstige Verwaltungen	2000	0,0	562, 563, 567
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
132	an andere Bereiche	2000	1.772.331,0	
		2001	1.805.793,1	
		2002	1.909.498,0	
		2003	1.972.172,0	
		2004	2.035.711,0	
1321	für Ausgleichsforderungen	2000	--	573
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1322	für Kreditmarktmittel	2000	1.770.028,5	571, 575, 576
		2001	1.803.491,2	
		2002	1.907.997,0	
		2003	1.971.446,0	
		2004	2.034.986,0	
1323	an Sozialversicherungsträger	2000	2.302,5	572
		2001	2.301,9	
		2002	1.501,0	
		2003	726,0	
		2004	725,0	
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2000	4.618.174,7	
		2001	4.662.971,0	
		2002	4.680.767,6	
		2003	4.771.975,7	
		2004	4.974.732,0	
141	an Verwaltungen	2000	3.488.492,1	
		2001	3.477.384,9	
		2002	3.553.986,0	
		2003	3.648.460,5	
		2004	3.801.127,7	
1411	an Bund	2000	46.230,3	611, 631, 641, 651
		2001	47.604,0	
		2002	46.563,8	
		2003	45.869,3	
		2004	45.058,5	
1412	Länderfinanzausgleich	2000	0,0	612
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
1413	Sonstige an Länder	2000	33.440,1	632, 642, 652
		2001	34.376,6	
		2002	36.311,2	
		2003	27.655,2	
		2004	26.833,2	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1414	Allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden	2000	1.719.315,5	613
		2001	1.655.120,4	
		2002	1.708.053,0	
		2003	1.777.365,0	
		2004	1.891.921,0	
1415	Sonstige an Gemeinden (GV.)	2000	1.675.479,2	633, 643, 653, 689
		2001	1.726.856,9	
		2002	1.749.941,0	
		2003	1.784.454,0	
		2004	1.824.198,0	
1416	an Lastenausgleichsfonds	2000	3.600,0	614, 634, 644, 654
		2001	3.000,0	
		2002	2.700,0	
		2003	2.700,0	
		2004	2.700,0	
1417	an Zweckverbände	2000	10.427,0	617, 637, 647, 657
		2001	10.427,0	
		2002	10.417,0	
		2003	10.417,0	
		2004	10.417,0	
1418	an ERP-Sondervermögen	2000	--	615, 645, 655
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
142	an andere Bereiche	2000	1.129.682,6	
		2001	1.185.586,1	
		2002	1.126.781,6	
		2003	1.123.515,2	
		2004	1.173.604,3	
1421	an Unternehmen für betriebsfremde Lasten	2000	7,0	687
		2001	7,0	
		2002	7,0	
		2003	7,0	
		2004	7,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1422	sonstige an Unternehmen	2000	697.064,4	682, 683
		2001	731.826,3	
		2002	695.838,3	
		2003	701.356,9	
		2004	736.863,8	
1423	Renten, Unterstützungen und Ähnliches	2000	110.295,6	681
		2001	110.778,1	
		2002	111.843,0	
		2003	114.357,0	
		2004	115.521,0	
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	2000	246.633,6	684
		2001	251.544,0	
		2002	242.012,3	
		2003	240.215,3	
		2004	253.778,5	
1425	an Sozialversicherungsträger	2000	5.260,0	616, 636, 646, 656
		2001	5.210,0	
		2002	5.155,0	
		2003	5.130,0	
		2004	5.055,0	
1426	an Ausland	2000	70.422,0	686, 688
		2001	86.220,7	
		2002	71.926,0	
		2003	62.449,0	
		2004	62.379,0	
15	Schuldendiensthilfen	2000	53.708,4	
		2001	48.530,1	
		2002	55.099,2	
		2003	51.876,0	
		2004	55.082,0	
151	an Verwaltungen	2000	14.322,4	
		2001	10.177,7	
		2002	12.263,0	
		2003	12.448,0	
		2004	11.934,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1511	an Länder	2000	--	622
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1512	an Gemeinden (GV.)	2000	14.315,4	623
		2001	10.177,7	
		2002	12.263,0	
		2003	12.448,0	
		2004	11.934,0	
1513	an sonstige Verwaltungen	2000	--	621, 624, 625
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1514	an Zweckverbände	2000	7,0	627
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
152	an andere Bereiche	2000	39.386,0	
		2001	38.352,4	
		2002	42.836,2	
		2003	39.428,0	
		2004	43.148,0	
1521	an Unternehmen	2000	37.686,0	661, 662
		2001	36.668,8	
		2002	41.179,2	
		2003	37.800,0	
		2004	41.550,0	
1522	an Sonstige im Inland	2000	1.700,0	663, 664
		2001	1.683,6	
		2002	1.657,0	
		2003	1.628,0	
		2004	1.598,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1523	an Sozialversicherungsträger	2000	--	626
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
1524	an Ausland	2000	--	666
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)~ (Ziff. 21 - 25)	2000	1.516.702,5	
		2001	1.522.604,4	
		2002	1.513.373,3	
		2003	1.440.538,0	
		2004	1.380.276,0	
21	Sachinvestitionen	2000	445.521,8	
		2001	401.899,9	
		2002	389.782,5	
		2003	345.377,0	
		2004	299.592,0	
2110	Baumaßnahmen	2000	310.647,9	7
		2001	286.937,4	
		2002	279.948,5	
		2003	232.845,0	
		2004	203.522,0	
2120	Erwerb von unbeweglichen Sachen	2000	5.730,0	82
		2001	5.698,0	
		2002	5.540,0	
		2003	12.540,0	
		2004	5.540,0	
2130	Erwerb von beweglichen Sachen	2000	129.143,9	81
		2001	109.264,5	
		2002	104.294,0	
		2003	99.992,0	
		2004	90.530,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
22	Vermögensübertragungen	2000	1.003.928,2	
		2001	1.048.220,7	
		2002	1.058.735,8	
		2003	1.030.810,0	
		2004	1.018.112,0	
221	Zuweisungen für Investitionen	2000	624.022,4	
		2001	647.381,4	
		2002	650.519,7	
		2003	656.736,7	
		2004	666.991,7	
2211	an Länder	2000	0,0	882
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
2212	an Gemeinden (GV.)	2000	592.475,8	883
		2001	612.651,8	
		2002	617.434,7	
		2003	623.579,7	
		2004	633.984,7	
2213	an Zweckverbände	2000	22.812,2	887
		2001	26.377,0	
		2002	24.768,0	
		2003	26.020,0	
		2004	25.870,0	
2214	an sonstige Verwaltungen	2000	8.734,4	881, 884, 885
		2001	8.352,6	
		2002	8.317,0	
		2003	7.137,0	
		2004	7.137,0	
2220	Zuschüsse für Investitionen	2000	379.120,8	886, 89
		2001	400.139,3	
		2002	407.445,1	
		2003	373.268,3	
		2004	350.280,3	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
223	sonstige Vermögensübertragungen	2000	785,0	
		2001	700,0	
		2002	771,0	
		2003	805,0	
		2004	840,0	
2231	an Länder	2000	--	692
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2232	an Gemeinden (GV.)	2000	710,0	693
		2001	665,0	
		2002	696,0	
		2003	730,0	
		2004	765,0	
2233	an sonstige Verwaltungen	2000	--	691
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2234	an andere Bereiche	2000	75,0	697, 698, 699
		2001	35,0	
		2002	75,0	
		2003	75,0	
		2004	75,0	
23	Darlehen	2000	65.915,0	
		2001	71.334,0	
		2002	64.405,0	
		2003	63.168,0	
		2004	61.474,0	
231	an Verwaltungen	2000	550,0	
		2001	450,0	
		2002	450,0	
		2003	450,0	
		2004	450,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2311	an Länder	2000	--	852
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
2312	an Gemeinden (GV.)	2000	0,0	853
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
2313	an Zweckverbände	2000	550,0	857
		2001	450,0	
		2002	450,0	
		2003	450,0	
		2004	450,0	
2314	an sonstige Verwaltungen	2000	--	851, 854, 855
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
232	an andere Bereiche	2000	65.365,0	
		2001	70.884,0	
		2002	63.955,0	
		2003	62.718,0	
		2004	61.024,0	
2321	an Sonstige im Inland	2000	65.365,0	856, 861-863, 87
		2001	70.884,0	
		2002	63.955,0	
		2003	62.718,0	
		2004	61.024,0	
2322	an Ausland	2000	--	866
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2400	Erwerb von Beteiligungen und Ähnlichem	2000	550,0	83
		2001	500,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
25	Tilgungsausgaben an Verwaltungen	2000	787,5	
		2001	649,8	
		2002	450,0	
		2003	1.183,0	
		2004	1.098,0	
2510	an Bund	2000	727,3	581
		2001	589,8	
		2002	390,0	
		2003	328,0	
		2004	249,0	
2520	an LAF und ERP	2000	6,2	584
		2001	6,1	
		2002	6,0	
		2003	801,0	
		2004	800,0	
2530	an sonstige Verwaltungen	2000	54,0	582, 583, 587
		2001	53,9	
		2002	54,0	
		2003	54,0	
		2004	49,0	
3000	Globale Mehrausgaben - soweit nicht aufgeteilt - " (soweit nicht aufgeteilt)	2000	-57.059,5	97
		2001	-41.071,6	
		2002	-302.425,0	
		2003	-298.525,0	
		2004	-258.525,0	
4	Gesamtausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2000	14.734.792,6	
		2001	14.978.956,6	
		2002	14.902.165,9	
		2003	15.084.282,1	
		2004	15.504.912,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2000	3.433.925,3	
		2001	3.316.681,6	
		2002	3.327.373,0	
		2003	4.921.571,0	
		2004	4.579.579,0	
51	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	2000	3.430.176,3	
		2001	3.312.932,6	
		2002	3.323.624,0	
		2003	4.919.325,0	
		2004	4.577.333,0	
5110	Für Kreditmarktmittel	2000	3.410.143,9	595
		2001	3.277.899,5	
		2002	3.203.590,0	
		2003	4.704.301,0	
		2004	4.467.324,0	
5120	Für Ausgleichsforderungen	2000	--	593
		2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
5130	An Sozialversicherungsträger	2000	32,4	592
		2001	10.033,1	
		2002	10.034,0	
		2003	24,0	
		2004	9,0	
5140	An Sonstige	2000	20.000,0	591, 596
		2001	25.000,0	
		2002	110.000,0	
		2003	215.000,0	
		2004	110.000,0	
5200	Zuführung an Rücklagen	2000	3.749,0	91
		2001	3.749,0	
		2002	3.749,0	
		2003	2.246,0	
		2004	2.246,0	

Finanzplan 2000 bis 2004
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz TDM	Gruppierungsziffer Bund/Länder
5300	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	2000	0,0	96
		2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
6	Zu- und Absetzungen	2000	15.724,2	
		2001	15.521,0	
		2002	15.791,0	
		2003	15.726,0	
		2004	15.606,0	
6400	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	2000	15.724,2	98
		2001	15.521,0	
		2002	15.791,0	
		2003	15.726,0	
		2004	15.606,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)~ (Ziff. 4 + 5 + 6)	2000	18.184.442,1	
		2001	18.311.159,2	
		2002	18.245.329,9	
		2003	20.021.579,1	
		2004	20.100.097,0	